Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

169 (26.7.1950)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Heidelberg, Rohrbacher Straße 13—15, Ruf 3421/25—01; Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023; Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596; Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 077, Städt. Sparkasse Mannheim Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigen-Preisliste Nr. 3. Anzeigen werden entgegengenommen in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 169 — Mittwoch, den 26. Juli 1950 — Preis 15 Pfg.

III. Parteitag der SED beschließt:

MANIFEST AN DAS DEUTSCHE VOLK

„Es geht um die Einheit unseres deutschen Volkes, von der Friede und Freiheit abhängen!"

Berlin. (EB) In der Schlußsitzung des III. Parteitages der SED nahmen die Delegierten einstimmig ein Manifest an das deutsche Volk an, in dem es heißt:

„Die SED wendet sich an alle deutschen Männer, Frauen und Jugendliche, ihre ganze Kraft einzusetzen zur Fortführung des Friedenskampfes, in der Sammlung für Unterschriften zum Verbot der Atomwaffe, in der Vorbereitung des zweiten Weltfriedenskongresses aller Friedensanhänger, in der Verhinderung aller Kriegsmaßnahmen!

Vorwärts zum Kampf für die Nationale Front des demokratischen Deutschland! Für das einheitliche, friedliebende und demokratische Deutschland, für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen! Die SED ruft Euch alle, deutsche Männer und Frauen, Jungen und Mädel, deutsche Arbeiter und Bauern, Intellektuelle und Gewerbetreibende:

„Es geht um den Frieden, der Euch allen Leben und Arbeit sichert! Es geht um die Einheit unseres deutschen Volkes, von der Frieden und Freiheit abhängen! Es geht um ein besseres Leben durch Uebererfüllung des Wirtschaftsplanes! Reiht Euch ein in den großen Kampf, in dem Ihr das Schicksal unseres Volkes und Euer eigenes Schicksal entscheidet!

Schlußwort des Genossen Wilhelm Pieck

„Die Arbeit unseres III. Parteitages ist beendet", sagte Wilhelm Pieck in seinem Schlußwort.

„Er wird als ein bedeutendes Ereignis in die Geschichte unserer Partei, in die Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und unseres werktätigen Volkes eingehen. Er ist ein Parteitag des verstärkten Kampfes für den Frieden, des Gestaltwerdens und offensiven Kampfes für die demokratische Einheit unseres Vaterlandes, des Kampfes und der Arbeit für eine rasche Entwicklung unserer Volkswirtschaft durch die Erfüllung unseres großen Fünfjahrplanes.

Unser ganz besonderer Dank aber gilt den 25 Delegationen unserer Bruderparteien, die unseren Parteitag mit dem Geist der sieghaften internationalen Solidarität im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus erfüllt haben. An ihrer Spitze stand die Delegation der großen Partei der Bolschewiki der Partei Lenins und Stalins, in der wir das große Vorbild sehen, der Partei, an deren Spitze der beste Freund des deutschen Volkes und der große Führer der Friedensfront, Genosse Stalin, steht. Wir sehen darin die eindrucksvollste Manifestation des neuen Vertrauens, das die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Politik wieder gewonnen hat, das Vertrauen zu unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Die Reden unserer ausländischen Freunden und Genossen haben uns auch die große Verantwortung ins Bewußtsein gerufen, die wir als die Partei der deutschen Arbeiterklasse, als Vorhut des deutschen Volkes, für die Sicherung des europäischen Friedens tragen. Von unserem Kampf für den Frieden, für die Einheit unseres Vaterlandes auf demokratischer Grundlage hängt es ab, wie wirksam und wie schnell die verbrecherischen Pläne der anglo-amerikanischen Imperialisten in Europa durchkreuzt werden.

Gesteigerter Kampf für den Frieden ist die große Verpflichtung, die uns aus dem nationalen Charakter unseres Parteitages erwächst. Durch die starke westdeutsche Massendelegation, durch den breiten Raum, den die Arbeit der KPD in den Berichten und Diskussionen einnahm, wird unser Parteitag ein neuer Abschnitt in unserem gesamtdeutschen Kampf für die Einheit eines demokratischen Deutschlands einleiten. Er wird dazu beitragen, in unserer Partei und bei allen fortschrittlichen Kräften die gesamtdeutschen Probleme stärker als bisher in den Vordergrund unserer gesamten politischen Arbeit zu rücken.

Verbindungen zu Westdeutschland vervielfältigen

Die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland werden ihre Verbindung mit den Friedenskräften Westdeutschlands vervielfachen und befestigen und ihnen größere Hilfe und Unterstützung erweisen. Unsere Fortschritte auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, sowie der grandiose Fünfjahrplan werden dazu beitragen, immer weitere Schichten der westdeutschen Bevölkerung von der absoluten Richtigkeit des Weges zu überzeugen, den wir in der DDR beschritten haben, den Weg des antiimperialistischen Kampfes für die Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Kampfes für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen.

„Wir müssen der Bevölkerung Westdeutschlands darlegen", sagte Wilhelm Pieck in seinen Ausführungen über den Fünfjahrplan als Kampfprogramm des gesamten werktätigen Volkes, daß es möglich ist, ein so großes Programm für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft nicht nur zu entwerfen, sondern auch die Garantie für seine Verwirklichung zu schaffen. Die westdeutsche Bevölkerung wird dann erkennen, welche ungeahnten Kräfte und Möglichkeiten sich dem deutschen Volk eröffnen, wenn wir einen solchen Fünfjahrplan erst für ganz Deutschland aufstellen und seine Verwirklichung in Angriff nehmen können. Dann wird der Fünfjahrplan eine gewaltige Anziehungskraft für alle deutschen Werktätigen werden, gleich in welchem politischen oder weltanschaulichen Lager sie heute auch noch stehen mögen. Unsere Partei hat im großen Rahmen unserer Politik noch eine große Arbeit zu leisten für die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung des nationalen Kongresses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, der am 25. bis 26. August stattfinden wird. Große Aufgaben erwachsen unseren Parteigenossen auch in der Durchführung und Auswertung des Bundeskongresses des FDGB, der vom 30. August bis 3. September in Berlin stattfinden wird.

Nach dem ganzen Verlauf unseres Parteitages habe ich die Gewißheit, daß der Wunsch des ZK der KPdSU (B), den es an den Parteitag übermittelt hat, sich erfüllen wird. Unsere Partei wird neue Erfolge haben in ihrem Kampf um die weitere organisatorische und ideologische Festigung ihrer Reihen und im Triumph der Grundsätze des proletarischen Internationalismus und die Festigung der Einheitsfront aller demokratischen Kräfte des Landes und die Festigung des Friedens in der ganzen Welt. Mit dem Ausdruck dieser festen Gewißheit will ich unseren Parteitag schließen.

Es lebe der Kampf der Weltfriedensfront unter Führung der großen Sowjetunion! Es lebe unsere Deutsche Demokratische Republik, die feste Grundlage der Nationalen Front und des demokratischen Deutschland! Es lebe unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands! Es lebe die internationale Solidarität, der Kampf der Werktätigen um Frieden, Demokratie und Sozialismus! Es lebe die KPdSU und ihr genialer Führer, unser Freund und Lehrer, Genosse Stalin!

„Wir verdammen den Kriegsdienst"

Stuttgart. (EB) In einer Entschließung sagen die Betriebsräte der Stuttgarter Straßenbahnen am 24. Juli 1950: „Wir portestieren gegen die Ausführungen von Kardinal Frings am Sonntag in einer Predigt auf dem Marktplatz in Bonn (Frings hatte dort der „Waffengewalt zur Wiederherstellung des gestörten Rechts und Ordnung" das Wort geredet, d. Red.) Wir sind der Meinung, daß jeder Krieg nur vernichtend wirkt und niemals in der Lage ist, ein zerstörtes Recht oder eine zerstörte Ordnung wiederherzustellen. Jeder Krieg beginnt so, wie der letzte aufgehört hat. Am Ende eines neuen Völkermordens wird die totale Vernichtung stehen. Wir verdammen jede Hilfeleistung für einen neuen Krieg und halten es für viel richtiger, der Jugend der ganzen Welt eine Abscheu vor Krieg und Kriegsdienst beizubringen."

Beschluß des DGB
Bezirk Südbaden

Nachdem heute früh mit den beteiligten Kreisen unter Vorsitz des Herrn Staatspräsidenten nochmals Verhandlungen wegen der Forderungen der badischen Gewerkschaften stattgefunden haben, nahmen die Gewerkschaften heute Nachmittag den Bericht der Verhandlungskommission entgegen.

Die Gewerkschaften bedauern, daß trotz ihrer sachlichen Einwände die Verhandlungen mit der badischen Staatsregierung und den Wirtschaftsorganisationen zu keinem Ergebnis geführt haben. Dadurch sehen sich die Gewerkschaften genötigt, an ihrem Beschluß vom 21. 7. 1950 festzuhalten und die Betriebe am Mittwoch, den 26. 7. 1950, in der Zeit von 15—18 Uhr zwecks Durchführung der öffentlichen Protestkundgebung stillzulegen.

Die am 25. 7. 1950 den Beschluß unterzeichneten Gewerkschaften.

Dieser Beschluß wird sämtlichen Kreisausschüssen und ihren Nebenstellen zur Kenntnis gebracht.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirksstelle Südbaden.

Wie wir von dem Bezirksvorsitzenden des DGB, Kollege Reibel, erfahren, bleiben die beschlossenen Forderungen der Gewerkschaften in vollem Umfange bestehen.

Heute Generalstreik in Südbaden

Im ganzen Land Protest-Kundgebungen gegen die ungeheueren Preissteigerungen

Freiburg. (EB) Zur Durchführung des Beschlusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk Südbaden, ruht heute, Mittwoch, die Arbeit in sämtlichen südbadischen Betrieben von 15 bis 18 Uhr. Alle Belegschaften begeben sich zu den von den Kreisausschüssen der Gewerkschaften angesetzten Protestkundgebungen. In Freiburg findet dieselbe um 15.30 Uhr auf dem Münster-Platz statt.

Der Beschluß der Gewerkschaft hat nach der uns vorliegenden Meldung in allen Betrieben und unter der gesamten Bevölkerung einmütige Zustimmung gefunden.

In Waldshut Generalstreik ab 13 Uhr

Waldshut. Die am Montag in Waldshut stattgefundene Betriebsrätevollversammlung beschloß für den Bezirk Waldshut schon um 13 Uhr die Betriebe stillzulegen. Im gesamten Waldshuter Bezirk wurden Plakate mit folgendem Inhalt angeschlagen.

„Die brutale Preiserhöhung bei Fleisch, Brot, Milch und anderen Lebensmitteln bedingt die Stillegung aller Betriebe am Mittwoch ab 13 Uhr. Die Betriebsstillegung ist die tätige Unterstützung einer sofortigen Forderung aller Lohn- und Gehaltsempfänger auf 20 Prozent Lohnerhöhung.

Hausfrauen! Preiserhöhungen gehen euren Geldbeutel an. Deshalb kommt zur Protestkundgebung in Waldshut um 15 Uhr, Johannisplatz, Tingen um 15 Uhr, Viehmarktplatz, in Säckingen um 15 Uhr, Marktplatz, in Laufenburg und Alpbruck ebenfalls um 15 Uhr.

Arbeitnehmer! Am Mittwoch, ab 13 Uhr, darf sich in den Kreisen Waldshut und Säckingen kein Rad mehr drehen.

Die Gewerkschaftsleitung

Singen. In einer am Montag stattgefundenen Sitzung der Vertrauensmänner der Maggi-Werke in Singen wurde nach den Ausführungen des Kollegen Hohlwegler einmütig zum Ausdruck gebracht, den Beschluß auf Stillegung der Betriebe restlos zur Durchführung zu bringen. Desgleichen begrüßte der Betriebsrat der Fitting-Werke den Streikbeschluß der Gewerkschaften. Einmütig wurde festgelegt, diesen Beschluß voll durchzuführen.

In einer am gleichen Abend durchgeführten Sitzung des Ortsausschusses des DGB Singen wurde ebenfalls festgelegt, den Streikbeschluß unbedingt durchzuführen und heute um 15 Uhr eine große Protestkundgebung zu veranstalten.

Achern. Die Belegschaft der Glashütte Achern beschloß einstimmig, den DGB aufzufordern, restlos für die Durchführung des Streikbeschlusses einzutreten, falls die Preiserhöhungen nicht sofort rückgängig gemacht werden.

Konstanz. Die Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Ortsverwaltung Konstanz, teilt uns mit, daß am Donnerstag, den 27. Juli, abends 8 Uhr, in der Gebhardthalle eine Versammlung der gesamten Textil- und Bekleidungsarbeiterschaft stattfindet, auf der zum Lohnabbau und den Preiserhöhungen Stellung genommen wird.

Preiserhöhungen durch nichts zu rechtfertigen

Mainz. (nach dpa) Der Vorstand des DGB von Rheinland-Pfalz hat die Regierung aufgefordert, die alten Preisverhältnisse wieder herzustellen. Andernfalls sind die Gewerkschaften entschlossen, von sämtlichen zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch zu machen.

Der Landesvorstand des DGB hält es für seine Pflicht, der Erbitterung Ausdruck zu geben, die die breiten Massen durch die unberechtigten Preiserhöhungen ergriffen hat. Der neue Versuch, noch mehr Lasten auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung abzu wälzen, sei durch nichts zu rechtfertigen.

Schluß mit den leeren Versprechungen

Entschließung der Vollkonferenz aller Funktionäre und Betriebsräte der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden, Singen

Singen. (EB) Die Betriebsräte und Funktionäre der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden in Singen nahmen in einer außerordentlichen Vollkonferenz Stellung zu den fortgesetzten Preiserhöhungen und verurteilten auf das schärfste diese Maßnahmen, die es der arbeitenden Bevölkerung unmöglich machen, die lebensnotwendigsten Dinge zu beschaffen.

In der Entschließung heißt es:

„Da diese Preissteigerungen eine direkte Herabsetzung der ohnehin schon sehr kargen Löhne darstellt, protestieren die versammelten Betriebsräte und Funktionäre auf das entschiedenste gegen diese unsoziale Maßnahme, die von der Regierung unterstützt statt verhindert wird und fordern vom Hauptvorstand der Gewerkschaften:

1. Die Regierung auf ihr unmögliches Verhalten in dieser Angelegenheit hinzuweisen und auf das nachhaltigste zu fordern, daß die erfolgten Preiserhöhungen unverzüglich rückgängig gemacht werden und darüber hinaus dafür zu sorgen, daß die Preise weiterhin niedriger werden.

2. Geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die ein Hamstern von Lebensmitteln durch die vermögenden Kreise verhindern.

3. Die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß die Gewerkschaften nicht gewillt sind, sich mit leeren Versprechungen abspeisen zu lassen, sondern, daß, im Falle unsere gerechten Forderungen nicht erfüllt werden, wir zu dem Aeußersten entschlossen sind. Sollte die Regierung nicht geneigt oder zu schwach sein, unsere Forderungen zu erfüllen, verlangen wir vom Hauptvorstand, daß der bestehende Lohntarif gekündigt und eine 40prozentige Lohnerhöhung gefordert wird.

Bei Nichterfüllung fordern die versammelten Funktionäre und Betriebsräte die Durchführung eines Generalstreiks. Der Versprechen wurden bislang genügend gegeben und keines gehalten. Wir sind nicht gewillt, uns weiter hinhalten zu lassen und fordern auf das entschiedenste den Kampf gegen diese Machenschaften. Wir wollen kein zweites 1933, wollen nicht wieder in dem gleichen Elend verkümmern und zugrunde gehen."

Delegierter für das Friedenskomitee

In der Konferenz wurde ebenfalls die Friedensfrage besprochen und die Gewerkschaften auf die Beschlüsse von Stockholm hingewiesen. Es sollte Sache der gesamten Gewerkschaften sein, diese Beschlüsse durchzuführen, bevor der dritte Weltkrieg entbrennt. Die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden hat einen Vertreter in das Friedenskomitee in Singen gewählt, um stärker als bisher für den Frieden wirken zu können.

Mannheimer Gießerei-Arbeiter wehren sich

Mannheim. (EB). Zu einer gewaltigen Protestkundgebung versammelten sich die Mannheimer Gießerei-Arbeiter im überfüllten Rosengarten, anläßlich der Kündigung des Zusatzabkommens für Gießerei-Arbeiter durch die württembergisch-badischen Metallindustriellen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund IG Metall kündigte an, daß er den Raubzug der Unternehmer mit schärfsten gewerkschaftlichen Maßnahmen beantworten werde. Die anwesenden Gießerei-Arbeiter beschlossen einmütig, als erste Kampfmaßnahme gegen die Unternehmer von nun an jede Ueberstundenarbeit abzulehnen.

Die Vertreter der Mannheimer Metallbetriebe brachten unmißverständlich zum Ausdruck, daß angesichts der unerhörten Preissteigerungen ein Lohnabbau nicht geduldet werden könne, sondern die Arbeiter überall die Forderung nach ausreichender Lohnerhöhung erheben müßten.

Betriebsrätekonferenz beschließt Protestaktion

Oberhausen. (EB) 200 Betriebsräte aller Betriebe in Oberhausen beschlossen am Montag, morgen einen befristeten Proteststreik der gesamten Arbeiterschaft gegen die Preiserhöhungen durchzuführen.

In den Ausführungen der Betriebsräte kam deutlich der Unwille gegen die Gewerkschaftsführung zum Ausdruck. Sie warfen der Gewerkschaftsleitung vor, zu enge Beziehungen mit Bonner Regierungsstellen zu unterhalten und oftmals an Gesetzen mitzuarbeiten, die nicht im Interesse der Arbeitnehmerschaft lägen.

Die Toten mahnen die Lebenden

Alles für den Frieden

Hamburg. (EB.) Trotz strömenden Regens folgten Tausende von Hamburgern dem Aufruf des Hamburger Komitees der Kämpfer für den Frieden am Sonntag, 23. 7., um der Opfer der Terror-Angriffe der Julinächte 1943 zu gedenken. Weit über 50 Delegationen von Betrieben, Büros und Vereinigungen brachten mit prachtvollen Kranzspenden ihre Trauer und ihren Friedenswillen zum Ausdruck. Nach einem Trauermarsch hielt Pfarrer Othmar Müllner, Lauenburg, die Gedenkrede.

37 000 Mitbürger Hamburgs, Frauen und Männer, Greise und unschuldige Kinder liegen in diesen Massengräbern. Sie starben eines grauenvollen Todes, weil einige Wenige in einem gewollten Krieg aus ihrem Blut und ihrem Leid Gold münzten. Noch sind die Tränen der Hinterbliebenen dieser Opfer nicht versiegt, und dieselben Kriegsbrandstifter sind schon wieder bereit, die Menschheit zugunsten ihres Gottes Mammon auf die Schlachtbank zu führen. Aber mit dem Bösen wächst auch das Gute in der Welt. Noch niemals gab es in der Welt eine solch gewaltige Friedenskraft wie heute. Jede Unterschrift zur Aechtung der Atombombe ist ein lauter Schrei — und millionenfach dröhnt dieser Schrei der einfachen Menschen, die man bisher nie befragte, den Feinden der Menschheit in die Ohren.

Friedensplakate, auf denen Hafenarbeiter vor einem mit Kanonen beladenen Schiff mit verschränkten Armen stehen, riefen den Friedensfreunden zu: „Man kann für den Frieden arbeiten, auch ohne die Hände zu rühren."

Auch die Südkoreaner betrachten USA-Truppen als Feinde

Aussichten der USA-Imperialisten in Korea „alles andere als rosig"

London. Die politischen und militärischen Aussichten der USA in Korea seien alles andere als rosig, stellt der britische Militärkritiker Peter Fleming in der konservativen Wochenzeitschrift „The Spectator" fest. Fleming unterstreicht die hervorragende Kampfmoral der Soldaten der koreanischen Volksarmee, die von dem glühenden Wunsch nach Wiedervereinigung ihres Vaterlandes beseelt sind und die in den USA-Truppen die verhaßten Nachfolger der japanischen Unterdrücker sehen. Man gebe sich in Washington und London verhängnisvollen Hirngespinsten hin, wenn man glaube, daß die amerikanischen Truppen — sofern ihnen ein Vorstoß gelingen sollte — von der Bevölkerung der bereits befreiten Gebiete freudig begrüßt würden.

„Die Durchführung der Bodenreform" stellt Fleming fest, „und vor allem das Bewußtsein, zum erstenmal seit zwei Generationen wieder frei von ausländischer Herrschaft zu sein, haben in den Herzen der Südkoreaner ein starkes Gefühl der Ablehnung gegenüber ihren vorgeblichen „Errettern" geweckt." Die amerikanischen Terroranangriffe auf die koreanische Zivilbevölkerung hätten den Haß auf die Ausländer, die Korea in ein Schlachtfeld verwandeln, noch verstärkt.

Auch der Frontkorespondent der „New York Times" berichtet von dem wachsenden Widerstand der südkoreanischen Bevölkerung. Die USA-Truppen, so schreibt der Korrespondent, haben den Eindruck gewonnen, daß sie von der Bevölkerung als Feinde betrachtet werden.

„... dann muß die Arbeiterschaft ihre Macht geltend machen!"

Wirtschaftsminister Veith verkündet Brotpreiserhöhung

Stuttgart. (EB). Im Württembergisch-Badischen Landtag gab gestern Wirtschaftsminister Veith eine Erklärung ab, die besagte, daß die Brotpreiserhöhung nun feststehende Tatsache geworden ist.

Der Weizen werde von 260 auf 360, der Roggen von 240 auf 270 Mark pro Tonne steigen. Die Preise für Mehlprodukte sowie für Brot werden dementsprechend in die Höhe gehen. Es wird noch die Zustimmung der Hohen Kommission erwartet. Bis zum Eintreffen dieser Zustimmung sind die Preisbildungsstellen angewiesen, daß der bisherige Preis für ein Konsumbrot beibehalten wird.

Damit ist also die kommunistische Forderung, den Beschluß des Bundestages vom 14. Juli auf Weiterzahlung der Subventionen zur Erhaltung des Brotpreises durchzuführen, abgelehnt.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Rueß trat der Erklärung des Wirtschaftsministers scharf entgegen. „Man organisiert den Klassenkampf von oben! Nehmen Sie sich in acht, daß nicht die Arbeiterschaft zur Wahrung ihrer Interessen zum Streik greift.

Wenn der Herr Minister erklärt hat, die Regierung habe keine Macht, der Brotpreiserhöhung entgegenzuwirken, dann muß eben die Arbeiterschaft ihre Macht geltend machen."

Flaggen auf Halbmast

Brüssel. Zu zahlreichen Protestkundgebungen gegen die Rückkehr König Leopolds kam es am Sonntag in verschiedenen Städten Walloniens. Tausende von Werktätigen in Lüttich, Mons und Namur forderten die Abdankung Leopolds. In vielen Städten sind die Flaggen auf Halbmast gesetzt worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Woche in Bonn

Wo ist der demokratische Anziehungspunkt?

In der Deutschen Demokratischen Republik geht die demokratische und die wirtschaftliche Entwicklung so unaufhaltsam vorwärts, daß sie auch im Bonner Bundestag nicht mehr totgeschwiegen werden kann. Das zeigte unmißverständlich die Debatte zu einem von der FDP vorgelegten „Jugendprogramm für die staatspolitische, wirtschaftliche und kulturelle Betreuung der Jugend". Aus der ganzen Begründung sprach einzig die Sorge, wie kann der separate Weststaat dem imposanten Pfingsttreffen der FDJ auch nur etwas annähernd Gleichwertiges entgegenstellen. Die dem Antisowjethaß huldigende SPD-Abgeordnete Keilhack erklärte beschwörend:

„Die Anziehungskraft eines demokratischen Staates besteht in der Sicherung der sozialen Existenz seiner Bürger und besonders seiner Jugend!" Aber wo wird dieser Zustand angestrebt? Im Westen oder im Osten? Die Antwort gab in der gleichen Debatte ein anderer, geschworener Feind jedes wirklichen Fortschritts, Abgeordneter Strauß (CDU).

Die DDR hilft der Jugend nicht nur mit Worten

Die Jugendarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht ohne Erfolg geblieben, erklärte er, wie es das Pfingsttreffen der FDJ bewiesen hat. Seine Erfolge wurden in Westdeutschland sehr zu Unrecht bagatellisiert. „Wenn die Jugend für die Demokratie gewonnen werden soll, dann muß man ihre allernächstliegenden Fragen lösen, dann muß man nicht nur schöne Worte, dann muß man Geld aufwenden für die sozialen, die wirtschaftlichen und die kulturellen Bestrebungen der Jugend. Das hat die DDR getan. 46 Millionen DM werden dort im Haushaltsplan allein zur Unterstützung der FDJ ausgewiesen." Und darum konnte unsere Genossin Grete Thiele guten Gewissens sagen:

„Ich bin dem Herrn Abgeordneten Strauß sehr dankbar dafür, daß er die Ursache für die Begeisterung der vielen Jungen u. Mädchen in Berlin einmal anders dargestellt hat, anders nämlich, als es einige andere Abgeordnete hier machten. Er sah die Ursache nicht in der ‚Organisierung' des gewaltigen Pfingsttreffens, sondern in der tatsächlichen Hilfe, die der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik gegeben wird. Die DDR braucht darum um die Zukunft nicht besorgt zu sein, denn dort bauen die Jugendlichen selbst bereits an ihrer eigenen Zukunft."

Was bietet demgegenüber der Westen?

Der die Jugendpläne der Hohen Kommission vertretende FDP-Abgeordnete Mende gestand, daß in Westdeutschland 100 000 ziellos „herumstreunende" Jugendliche festgestellt wurden. Sein „Programm" weiß nichts Originelleres, als die Wiedereinführung eines als „freiwilliger Land- und Jugendhilfsdienst" getarnten Arbeitsdienstes. Sein Fraktionskollege, Lehrer Farke, forderte, daß der Arbeitsdienst ein „organisierter Bestandteil der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung" werden müsse. Und so, wie die ihre großkapitalistischen Auftraggeber nicht verleugnende FDP, die Jugend erneut dem militärischen Zwang unterwerfen will, so will sie es auch mit den erwachsenen Arbeitern.

Von der Protektoratsverwaltung verlangte sie Maßnahmen gegenüber den Hafenarbeitern, die sich z. Zt. weigern, argentinische Schiffe zu entladen, „um den Streik sofort abzubrechen", und in Zukunft ähnliches zu verhindern. Der Partei des Großkapitals trat unser Genosse Kohl entschlossen entgegen.

„Wir sehen, sagte er, in der Tatsache, daß die Arbeiterschaft es ablehnt, die Schiffe der gewerkschaftsfeindlichen argentinischen Staatsreederei zu entladen, den Beginn einer gesunden internationalen Solidarität, und wir sind gewiß, daß sie sich ebenso entschieden weigert, Waffen für die internationalen Kriegstreiber zu befördern und zu entladen."

Die Protektoratsverwaltung will täuschen

Daß mit dem Kampfeswillen der Werktätigen nicht mehr zu spaßen ist, hat inzwischen auch die Protektoratsverwaltung erkannt, und sie hat sich in ihren Maßnahmen darauf umgestellt. Trotzdem Dr. Blücher in seiner Regierungserklärung am Freitag „Die Frage des Brotes die schwerste aller politischen Fragen" nannte, ließen die Adenauer, Blücher, Schäffer, Erhard und Niklas, die Hohe Kommission im Rücken, die Dinge auf sich zukommen. Sie behandeln die Frage des Brotpreises und die Höhe des Lebensstandards der Werktätigen nicht als eine soziale (wie sie vorgeben), sondern als eine Frage der wirtschaftlichen und politischen Macht. Von ihrer Entscheidung hängt das Steigen oder Fallen des Profites für die in- und ausländischen Konzernherren ab, die unsere koloniale Wirtschaft terrorisieren. Darum ließ die Protektoratsverwaltung die Dinge zunächst einmal ruhig an sich herankommen. Sie wollte abtasten, wie die Werktätigen auf den Fortfall der Subventionen am 30. 6. im „freien Spiel der Kräfte" reagierten. Als diese sich zum Kampf entschlossen zeigten, ließ es die CDU-Führung am 14. Juli zu, daß der größte Teil ihrer Fraktion gegen die eigenen Minister für den SPD-Antrag auf Fortzahlung der Subventionen stimmte. Sie tat es, um sofortige Kampfbeschlüsse der Gewerkschaften zu verhindern.

Und dann wurde 8 Tage hinter verschlossenen Türen gekuhhandelt. Als Ergebnis präsentierte Dr. Blücher das seit Tagen zurechtgeknetete „Adenauer-Brot" mit den Worten: „Es wird sofort zu dem bisherigen, also den Preisen vor dem 30. 6., ein ortsübliches Konsumbrot (Roggenbrot erklärte er später) der Bevölkerung zur Verfügung gestellt".

Nun müssen die Gewerkschaften handeln

Die Werktätigen haben gewiß nichts gegen das Verbacken des deutschen Roggens, aber sie müssen sich entschieden dagegen zur Wehr setzen, daß Roggenbrot nun zu dem Preise verkauft werden soll, zu dem bisher ein qualitativ besseres Brot verkauft wurde.

Unser Genosse Kohl stellt unmißverständlich fest, daß durch die Erklärung des Kabinetts der Bundestagsbeschluß vom 14. 7. sabotiert werde, denn Dr. Blücher habe „verabsäumt, dem Bundestag zu erklären, welche Maßnahmen das Kabinett durchzuführen gedenke, um ein vernünftiges Brot für die arbeitende Bevölkerung zu garantieren und darüber hinaus den Brotpreis auf den alten Stand zurückzuführen."

Die Gewerkschaftler sind mit uns der Ueberzeugung, daß die SPD-Fraktion mit der erneuten Forderung, das Kabinett solle „den Beschluß des Bundestages vom 14. Juli durchführen", auch helfen wird, die Kampfmaßnahmen auszulösen, die einer ihrer Sprecher an jenem Tage ankündigte. Nun, nach der Ablehnung ihres Antrages durch die Gefolgschaft der Protektoratsverwaltung steht dem nichts mehr im Wege.

Die KPD-Fraktion wird es an ihrer Unterstützung nicht fehlen lassen. Sie ließ durch Rudolf Kohl erklären:

„Wir rufen das schaffende Volk zum verschärften Kampf gegen die Regierung der Millionäre auf, zum entschlossenen Kampf für die Erhöhung der Löhne, Gehälter und der Bezüge der Rentner und Unterstützungsempfänger."

Uns eint der gemeinsame Kampf um den Frieden

Interview mit dem Sekretär des Polit. Büros der KPF, Jaques Duclos über das gemeinsame Kampfbündnis der westeuropäischen Arbeiter

Berlin. (EB) Der Sekretär des Politbüros der Kommunistischen Partei Frankreichs, Jacques Duclos, der auf dem Parteitag der SED anwesend war, gewährte den Vertretern der Zeitungen der Kommunistischen Partei Deutschlands ein Interview.

Das Interview begann mit der Frage: „Genosse Duclos, Sie waren an der Ausarbeitung des Aufrufes der sieben Kommunistischen Parteien gegen den Schuman-Plan maßgebend beteiligt. Welche Bedeutung hat dieser Aufruf für die Werktätigen der westeuropäischen Länder?"

Antwort: „Die gemeinsame Erklärung der kommunistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Großbritanniens, Hollands, Belgiens und Luxemburgs ist ein politisches Ereignis von sehr großer Bedeutung. Indem die kommunistischen Parteien in einem gemeinsamen Dokument den Schuman-Plan und die Kriegspolitik, aus der er geboren wurde, angeprangert haben, haben sie die Notwendigkeit für die französischen, deutschen, italienischen, britischen, holländischen, belgischen und luxemburgischen Werktätigen Seite an Seite für die Verteidigung ihres Brotes, der Freiheit und des Friedens zu kämpfen, hervorgehoben."

Frage: „In dieser Erklärung wird das Bündnis zwischen dem großen CGT und demFDGB als vorbildlich bezeichnet. Was bedeutet dieses Bündnis des gemeinsamen Kampfes um den Frieden für die Arbeiterklasse in Westdeutschland?"

Antwort: „Der Erklärung der kommunistischen Parteien war ein gemeinsamer Aufruf des Französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) vorangegangen, in dem die mögliche Kampfbrüderschaft, die die französischen und deutschen Werktätigen vereinen muß, klar herausgearbeitet wurde. Das Kampfbündnis zwischen französischen und deutschen Proletariern, das hier seinen Ausdruck gefunden hat, legt Zeugnis ab von der Aenderung in der Beziehung zwischen beiden Ländern.

Die französischen Regierungsvertreter, deren Wortführer Schuman ist, werden zu den Verbündeten der reaktionären Clique in Westdeutschland, um zusammen einen neuen Antisowjetkrieg vorzubereiten, an dem sie Franzosen und Deutsche teilnehmen lassen wollen, die dazu bestimmt sind, die westliche Infanterie der amerikanischen und englischen Imperialisten zu bilden.

Frankreichs Werktätige und die Westdeutschlands haben das gleiche Interesse, sich gegen eine solche Kriegspolitik zusammenzuschließen, deren Opfer sie sein würden. Sie haben das gleiche Interesse, zu verhindern, daß Frankreich, Westdeutschland und die anderen Länder Westeuropas als Aggressionsbasis dienen.

Sie haben das gleiche Interesse, den Frieden zu verteidigen."

Frage: „Unsere große französische Bruderpartei führt einen beispielhaften Kampf um die nationale Selbständigkeit ihres Landes und die Verteidigung des Friedens. Welche Erfahrungen wurden bei diesem Kampfe gesammelt, die für die Arbeiterklasse Westdeutschlands von besonderem Nutzen sein könnten?"

Antwort: „Wenn es für die französischen Werktätigen zutrifft, daß die Politik des Schuman-Planes die nationalen Interessen Frankreichs (Sicherheit und Wiedergutmachung) den strategischen Absichten des Atlantikpaktes aufopfert, so ist es nicht weniger wahr, daß die Marionettenregierung Adenauers die Interessen des Deutschen Volkes den Klasseninteressen der Großkapitalisten opfert, die, nachdem sie Hitler an die Macht gebracht haben, heute ihr Schicksal mit jenem der amerikanischen Imperialisten verbunden haben. So wurden durch die geschaffenen Tatsachen die Werktätigen Frankreichs und Westdeutschlands vor den gleichen Kampf gestellt, in dem es um den Frieden geht. Es ist nur natürlich, daß sie unter solchen Umständen besonders darum besorgt sind, sich zu vereinigen, um diesen Kampf besser führen zu können.

Diese Notwendigkeit ist es, die in dem Aufruf der CGT und des FDGB und in der Erklärung der Kommunistischen Partei Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Großbritanniens, Hollands, Belgiens und Luxemburgs ihren Ausdruck findet. Alle aufrichtigen Friedenskämpfer müssen sich darüber freuen, wenn sie sehen, wie sich die internationale Solidarität der Werktätigen verwirklicht, um die verbrecherischen Pläne der Kriegstreiber zum Scheitern zu bringen, um den Frieden zu retten."

Kriegsverbrecher Dombrowski!

Von Willy Feller, Mitglied des Landesvorstandes der Deutschen Presse, Rheinland-Pfalz

Es ist so weit. Das Ungeheuerliche ist geschehen. Dombrowski läßt die Maske fallen. Der Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung — Mainz" und der Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen" fordert den Abwurf von Atombomben. Die „Frankfurter Allgemeine" vom 21. Juli veröffentlicht einen Leitartikel: „Kann man schon Lehren daraus ziehen?" von Erich Dombrowski. Nach einer Schilderung der bisherigen Niederlagen der USA-Truppen in dem Interventionskrieg in Korea, schreibt Dombrowski:

„Da es um Leben oder Tod der Kulturwelt geht, wird man in diesem Moment, ob man will oder nicht, sich der Atombombe zu bedienen haben (!!!), in der man heute noch überlegen ist (?). Nicht, indem man wahllos Städte den Erdboden gleichmacht und das Leben von Millionen Menschen gefährdet, sondern indem man einen Atomvorhang quer durch das westliche Rußland zieht, also sozusagen eine Todesgrenze schafft."

Hier zeigt der Atombomben-Dombrowski sein wahres Gesicht. Kürzlich forderte der englische korservative Abgeordnete und Mitarbeiter Churchills im englischen Unterhaus den Abwurf von Atombomben über Korea. Diese offene Aufforderung zum Massenmord an Millionen Frauen und Kindern konnte in der „Gralsburg der westlichen Demokratie und abendländischen Kultur" ausgesprochen werden, ohne daß ein Sturm der Empörung diese Bestie in Menschengestalt zum Teufel gejagt hätte.

Auch Gangster aus USA fordern die Anwendung der Atombombe gegen Frauen und Kinder. Die Senatoren Rivers und Johnson forderten Truman auf, die schwere Niederlage der USA-Interventionstruppen durch die Anwendung der Atombombe in Korea abzuwenden. Der „Friedenspräsident" Truman hat auf einer Pressekonferenz die Frage eines Journalisten, ob er die Atombombe anzuwenden gedenke, nicht beantwortet. Aber keine Antwort ist auch eine Antwort. Schon vor Monaten hat Truman erklärt, daß er nicht zögern würde, erneut den Befehl zum Abwurf von Atombomben zu geben.

In einigen Tagen, am 6. August, werden es 5 Jahre, daß Truman Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki werfen ließ. Allein in Hiroshima wurden über 200 000 Menschen, in der Hauptsache Frauen und Kinder, Greise und Kranke lebendig verbrannt. Der Bürgermeister, der tödlich getroffenen japanischen Stadt war kürzlich in Westdeutschland. Vor der Presse in Düsseldorf erklärte er, daß heute fünf Jahre nach der Hölle über Hiroshima noch Menschen an den Folgen der Verbrennungen sterben und erblinden.

Dieses Fegefeuer der Hölle will der Kriegsverbrecher Dombrowski durch einen Atomvorhang über Rußland bringen und dort eine Todesgrenze schaffen. Dieser bezahlte Füllfederhalter des Atombombenkrieges geht schon einen Schritt weiter wie die Atombomben-Gangster aus England und USA. Er will nicht nur den Atombombenkrieg gegen das um seine nationale Freiheit und Einheit kämpfende Volk von Korea. Dombrowski fordert die Anwendung der Atombombe gegen die größte Friedensmacht der Welt, gegen die sozialistische Sowjetunion. Durch die unerschütterliche und unbeirrbare Friedenspolitik und die Politik der Nichteinmischung in Korea hat die UdSSR den Weltfrieden bisher gerettet und verteidigt. Die Sowjetregierung, mit dem großen Stalin an der Spitze, ließ und läßt sich nicht provozieren. Das ist die stärkste Garantie dafür, daß es den Marshall-Churchills, de Gaulles, Johnsons und Dombrowskis noch nicht gelungen ist und nicht gelingen wird, den dritten Weltkrieg zu entfesseln. Ein ausländischer Journalist berichtet aus Korea, daß die USA-Panzerwaffen an den nordkoreanischen Panzern abprallen wie Ping-Pong-Bälle. So prallen auch die verbrecherischen Provokationen der anglo-amerikanisch-französischen Kriegstreiber und ihrer westdeutschen Handlanger und Tintenkulis an der stählernen Friedensmacht der Sowjetunion ab.

Atombomben-Dombrowski fordert Atombomben auf die Sowjetunion. Ihm dürfte die Erklärung des USA-Präsidenten Truman vom September vorigen Jahres nicht unbekannt sein, daß die SU schon lange die Atomwaffe besitzt. Alle Warnungen Stalins, Molotows und Wyschinskis und die Forderung der SU auf Aechtung der Atombombe wurden bisher von den Atombomben-Kannibalen in den USA, England und Frankreich in den Wind geschlagen. Inzwischen haben Hunderte Millionen einfacher Menschen den Friedensappell von Stockholm unterzeichnet. Sie fordern die Aechtung und das Verbot der Atombombe, sowie die internationale Kontrolle der Atom-Energie. Gleichzeitig soll die Regierung, die als erste die Atombombe anwendet, zum Kriegsverbrecher erklärt werden. Das bedeutet, daß auch diejenigen Politiker oder Journalisten, die die Anwendung der Atombombe zum millionenfachen Mord an Frauen und Kindern fordern, unbarmherzig geächtet und als Kriegsverbrecher behandelt werden müssen.

Frauen und Mütter von Frankfurt und Mainz, wollt Ihr noch länger Atombomben-Kannibalen unter Euch dulden? Dombrowski fordert die Anwendung der Atombombe gegen Frauen und Kinder in der SU. Wenn das Furchtbare geschehen wird, dann müßte man damit rechnen, daß Atombomben auch auf Frankfurt, Mainz, Ludwigshafen-Mannheim und andere Städte und Dörfer fallen. Die amerikanische Zeitschrift „Life" hat bereits ein zynisches Bild veröffentlicht, in dem USA-Atombomber von Basel bis Wesel durch Abwurf amerikanischer Atombomben eine Zone des Todes schaffen wollen. Auch die Vorbereitung zur Sprengung des Lorelei-Felsens, bei dem der Rhein, der Main, die Nahe und Mosel zu einem Meer des Todes würden, zeigen die kaltblütigen Vernichtungspläne der amerikanischen Finanzhyänen und ihrer Atombomben-Generale.

Frauen und Mütter, Sozialisten, Christen, Kommunisten, Parteilose, Ihr alle, die Ihr den Frieden und das Leben wollt, müßt diesen Schreiberlingen des Todes und der Vernichtung das Handwerk legen! Werft die Atombomben-Presse aus dem Haus. Aechtet und jagt diese Tintenkulis des Atombomben-Krieges! Dombrowski gebärdet sich nach 1945 als Antifaschist. Aber bald entpuppte sich der Wolf im Schafspelz. Er hat gute Beziehungen zu den Besatzungsmächten und besonders zu den USA. Schon vor der Währungsreform rollten die Care-Pakete und sicher noch mehr. Dieser Dombrowski, der einmal am Berliner Tageblatt eines Bernhard Wolf arbeitete, ist heute noch „Ehrenvorsitzender" des Presseverbandes in der französischen Zone und „Ehrenmitglied" der Deutschen Presse — Landesverband Rheinland-Pfalz. Wir fordern alle anständigen Journalisten, die den Frieden wollen, auf, dafür zu sorgen, daß der Atombomben-Hetzer Dombrowski aus der deutschen Presse verschwindet. Dombrowski wird sich eines Tages vor dem deutschen Volk für seine kannibalische Drohung mit der Atombombe zu verantworten haben. Bis dahin ächtet den Atombomben-Amokläufer!

Für Vernichtung der Atomwaffe

bombe fordern Sie den Massenmord an unschuldigen Frauen, Kindern und Greisen. Haben Sie vergessen, daß sie auch zwei Kinder haben, und was würden Sie sagen, wenn Andere einen Atomvorhang quer durch Westdeutschland fordern würden!.

Es ist ein Glück für die Menschheit, daß die sozialistische Sowjetunion, trotz aller Provokationen westlicher imperialistischer Kriegshetzer, die Erhaltung des Friedens über alles stellt.

Die „Tägliche Rundschau" vom 28. 6.1950 brachte einen Artikel: „Galgen von Nürnberg": „In der Frage Krieg oder Frieden, in der es um Leben oder Tod für Millionen und aber Millionen Menschen geht, lassen die Völker nicht mehr mit sich spassen. Die Kriegstreiber täten gut daran, sich das jederzeit vor Augen zu halten. Leichtfertige Illusionen in diesem Punkte könnten zu einem bösen Ende führen, was die Galgen von Nürnberg bezeugen."

Der amerikanische Krieg

„Mobilisierung der Weltöffentlichkeit gegen uns hat schon zu große Fortschritte gemacht"

Unter dem Druck der 250 Millionen Menschen, die den Stockholmer Aufruf zur Aechtung der Atomwaffe unterschrieben haben, finden sich trotz der hysterischen Schreie nach dem Abwurf von Atombomben auf Korea doch auch im Lager der Kriegstreiber selbst Stimmen, die davon abraten. Unter keinen Umständen sollte die Atombombe auf Korea abgeworfen werden, schreibt der militärische Mitarbeiter der „New York Times", Hanson Baldwin, am 17. Juli 1950, und es müsse auch das Ziel der amerikanischen Strategie sein, die Anwendung von Atomwaffen überhaupt zu vermeiden.

Von militärischen Gründen ganz abgesehen, wie dem, daß durch den Abwurf von Atombomben der Vormarsch der koreanischen Volksbefreiungsbewegung nicht zum Stehen käme und dem, daß „wir noch nicht einmal genügend Atombomben haben, um die wichtigsten Ziele in Rußland zu bombardieren", rät Baldwin auch aus „übermächtigen moralischen, politischen und psychologischen Gründen" davon ab. Er schreibt:

„Psychologisch gesehen würde die Anwendung der Atombombe sicherlich Nordkorea und den größten Teil von Asien, selbst die wenigen Völker Asiens, die noch unsere Freunde sind, gegen uns aufbringen... Wenn wir die Freunde und den Einfluß, den wir in Asien noch haben, auch noch verlieren wollen, dann ist der beste Weg dazu der Abwurf der Atombombe auf Nordkorea."

Was bei Baldwin zweifellos den entscheidenden Anstoß dazu gab, daß er moralische Bedenken hat und die Worte derer, die den Abwurf von Atombomben auf Korea empfehlen, sogar als „unverantwortliche Aeußerungen" bezeichnet, ist die Wirkung, die vom Stockholmer Aufruf ausgeht. Alle diejenigen, die noch immer glauben, daß papierene Unterschriften nutzlos seien, mögen ihre falsche Auffassung an folgenden Worten des nüchternen Militärschriftstellers Baldwin überprüfen:

„Der von den Kommunisten in Szene gesetzte ‚Weltfriedensappell', für den in USA ebenso wie in der ganzen Welt Unterschriften gesammelt wurden, um zu versuchen, die Atomkriegführung außer Gesetz zu stellen, zieht schon viel Kapital aus den verantwortlichen Aeußerungen derjenigen, die den Abwurf der Atombombe auf Korea befürwortet haben. Die Mobilisierung der Weltöffentlichkeit, mit dem Ziel, die USA als eine kriegsverbrecherische aggressive Macht und uns als die Urheber eines unbegrenzten Krieges zu brandmarken, hat schon zu große Fortschritte gemacht, teilweise wegen der übertriebenen Betonung, die unsere militärischen Führer auf die Atombombe als die Maginot-Linie unserer Verteidigung legten."

Natürlich wäre es eine Illusion, Baldwins Stellungnahme trotz seiner „moralischen" Bedenken als eine grundsätzliche Stellungnahme gegen die Verwendung von Atomwaffen zu betrachten. Sie ist nicht mehr als das nüchterne Urteil eines auch gegenüber politischen Argumenten nicht blinden Militärschriftstellers. Im stillen spielt auch er noch mit dem Gedanken — und dieser Gedanke ist zweifellos für die gegenwärtige Stimmung bei den amerikanischen Kriegstreibern typisch — daß die Atomwaffe für eine Auseinandersetzung mit der Sowjetunion aufgespart werden soll, und die USA inzwischen ihre Atomrüstungen weiter verstärken wollen.

Um auch diese Absicht zu verhindern, gibt es nur ein Mittel. Das ist die verstärkte Aufklärung über die Schrecken des Atomkrieges, vor allem über seine Nachwirkungen auf die Ueberlebenden und sogar auf kommende Generationen und die Sammlung von weiteren Millionen von Unterschriften für das Verbot der Atomwaffe und die Verurteilung der Regierung als Kriegsverbrecher, die sie zuerst anwenden würde.

F. U.

Genau wie in Westdeutschland

Wenige von den koreanischen Flüchtlingen wissen, was Kommunismus bedeutet. Sie haben Geschichten von Vergewaltigungen, Plünderungen, Morden und Verfolgungen gehört. Ihr Urteil wurde durch zwei Jahre heftigster anti-kommunistischer Propaganda bestimmt, die von der südkoreanischen Regierung inszeniert wurde.

Wenige haben sich Gedanken darüber gemacht, warum der Kommunismus schlecht ist. Sie wissen nur, daß sie Angst haben. In den Dörfern und Städten, die sie zurück ließen, kleben noch die Plakate, die eine riesengroße blutige Tatze zeigen, die sich von Sibirien herunterstreckt.

„New York Times", 16. Juli 1950.

Ein Rückzug beschleunigt den nächsten

Das Bedenkliche an solchen Rückzügen ist, daß sie immer weiter um sich greifen. Man verliert nicht nur Gelände, Prestige und Kampfgeist, sondern auch gerade die Waffen, deren Verlust wiederum den nächsten Rückzug beschleunigt. Die Amerikaner haben eine erschreckende Menge Material in den letzten paar Tagen verloren.

„Neue Züricher Zeitung", 15. Juli 1950.

Nicht wiedergutzumachender Prestigeverlust für USA-Imperialismus

Die Tatsache allein, daß Amerika halb mobilisieren muß, um einem fast barbarischen Staat (!) entgegenzutreten, einem Lande, das das schwächste der sowjetischen Satelliten ist (durch die Tatsache, daß Korea kämpft, beweist es, daß es kein Satellit ist, d. Red.), bedeutet für Amerika einen Prestigeverlust, den ein späterer und schmerzlich errungener Sieg nicht wettmachen kann.

Die bürgerliche italienische Zeitung „Il Momento", zitiert nach „New York Times", 15. Juli 1950.

Südwestspitze Koreas erreicht

Pjoengjang. (nach dpa und EB) Die Truppen der koreanischen Volksarmee haben die Hafenstadt Mokpo an der Südwestecke von Korea befreit. Mokpo liegt dicht an der Küstenstraße, die nach Pusan führt. Andere Einheiten der demokratischen Volksarmee drücken südlich von Jongdok kräftig nach Süden vor in Richtung auf den Hafen Pohang. Im Laufe des gestrigen Tages ist die koreanische Volksarmee von der Hafenstadt Mokpo aus 32 km und von Namwon aus weitere 25 km vorgestoßen.

Der Sender Pjoengjang berichtete, daß die USA-Luftstreitkräfte über 900 Bomben im Gewicht von 500 bis 1000 Kilo auf Pjoengjang und seine Umgebung abgeworfen haben. Die Zivilbevölkerung erlitt schwere Verluste.

Kriegshetzer fordern deutsche Waffen und Söldner

Washington. (nach dpa.) Wie die „Washington Post" berichtet, soll in der Sitzung des ständigen Exekutivausschusses der Atlantikpaktstaaten, die diese Woche in London stattfindet die Frage erörtert werden, inwieweit die Ruhrindustrie für die Herstellung von Waffenteilen für die Kriegspläne der Amerikaner herangezogen werden soll.

Zuständige Stellen, so schreibt das Blatt, seien der Auffassung, daß es von großem Nutzen sein würde, wenn die deutschen Arbeiter Waffenteile produzierten. Gleichzeitig soll die Konferenz des Exekutivausschusses prüfen, wie weit die Industriewerke Frankreichs, Italiens und Belgiens durch Abzug von Arbeitskräften und Maschinen von der Exportindustrie die Waffenproduktion steigern können.

Diese Meldung über die gesteigerte Aufrüstung wird ergänzt durch einen Bericht des amerikanischen Informationsdienstes „Human Events" über eine inoffizielle Konferenz zwischen früheren hohen Offizieren der Reichswehr und Mitgliedern des französischen Generalstabs in Paris, wo Pläne über die Aufstellung einer deutschen Armee erörtert worden seien. Die deutschen Teilnehmer seien „ungewöhnlich herzlich" aufgenommen worden und die Besprechungen hätten „hoffnungsvoll" geendet.

Eine Frau antwortet Dombrowski

Mannheim. (EB.). Die Landtagsabgeordnete, Frau Josefine Halein, Mainz, stellte uns folgenden Brief, den sie dem Atombombenstrategen Erich Dombrowski übersandte, zur Veröffentlichung zur Verfügung.

„Mit Entsetzen und Erschütterung habe ich Ihren Artikel: „Kann man schon Lehren daraus ziehen?" vom 21. Juli 1950 in der „Allgemeinen Zeitung" gelesen. Sie fordern darin das Legen eines Atomvorhanges quer durch das westliche Rußland, um damit eine Todesgrenze zu schaffen. Den Ausdruck: „Todesgrenze" haben Sie richtig gewählt. Und wer werden die Toten sein? Es ist Ihnen doch bewußt, daß die Atombombe nicht dort geworfen wird, wo sich die Armeen gegenüberstehen. Mit der Anwendung der Atom-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Parteitag der Einheit, des Friedens und des Aufbaus

Machtvolle Demonstration des Internationalismus

Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten auf dem III. Parteitag

Zu stürmischen Kundgebungen der internationalen Solidarität wurden die Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten. Als dem französischen Genossen Jacques Duclos das Wort erteilt wurde, erhoben sich die Delegierten von ihren Plätzen und begrüßten den Vertreter der französischen Werktätigen mit nicht endenwollendem stürmischem Beifall.

„Die französischen Werktätigen verfolgen mit Aufmerksamkeit, voll warmer Sympathie, voll Vertrauen und Hoffnung die Tätigkeit Eurer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Erbauerin eines neuen Deutschlands", sagte Duclos.

„Sie fühlen sich solidarisch mit Eurem Kampfe und mit dem Kampfe, den die Genossen der KPD in Westdeutschland führen. Franzosen, die mehr oder weniger für eine Politik der Spaltung Deutschlands gewesen waren, sehen heute an Hand der Ereignisse, wie sehr die Kommunistische Partei Frankreichs recht hatte, als sie sich einer solchen Politik widersetzte und sich für ein entnazifiziertes und demokratisches, einheitliches Deutschland aussprach.

Die französischen Kommunisten haben stets den notwendigen Unterschied zwischen Hitler und seinen Opfern, zwischen Hitler und jenen, die gegen ihn kämpften, gemacht.

Das tat auch einer unserer Helden, der kommunistische Arbeiter Pierre Timbaud, den die Nazis in Chateaubriand erschossen haben und der, bevor er unter den Nazikugeln fiel, mit lauter Stimme rief: „Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!"

Ebensosehr, wie wir uns als Kampfesbrüder aller deutschen Werktätigen und Demokraten fühlen, ebenso sehr sind wir Gegner der Pariser und der Bonner Kriegstreiber, die aus uns Dollarsöldner machen wollen.

Die französischen Werktätigen haben mit herzlichem Vertrauen den gemeinsamen Aufruf der französischen CGT und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgenommen.

Ebenso hat die gemeinsame Erklärung der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Groß-Britanniens, Hollands, Belgiens und Luxemburgs dazu beigetragen, das unumgänglich notwendige Bündnis der Völker im Kampfe gegen die Kriegstreiber und ihre Lakaien fester zu gestalten.

Immer zahlreicher erheben sich die französischen Männer und Frauen gegen die Kriegspolitik, die ein immer größeres Elend für die werktätigen Massen zur Folge hat. Die immer stärkere Gegnerschaft der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung gegen diese Politik war die Ursache der letzten Regierungskrisen in Paris.

Wir sind uns der Bedeutung der Rolle bewußt, die uns im Kampfe für den Frieden zufällt, den wir gemeinsam führen. Im Bewußtsein der ungeheuren Dienste, die der Sache des Friedens und der Sache der Völker vom großen Lande Lenins und Stalins geleistet wurden, getreu den Lehren unseres Meisters des Sozialismus, des großen Stalin, werden wir das Vertrauen, das die Friedenskämpfer in uns setzen, verdienen. Unsere Partei hat feierlich erklärt: „Das französische Volk wird niemals Krieg gegen die Sowjetunion führen." Wir werden unter allen Umständen alles tun, um dieses Gelöbnis zu halten. Die auf dem Parteitag anwesenden Delegationen der Bruderparteien können dessen gewiß sein."

Zwischen uns gibt es keine strittigen Fragen mehr

Genosse Josef Frank vom Polit-Büro der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei führte u. a. aus:

„Unsere Partei und unser arbeitendes Volk verfolgen mit großem Interesse Eure Arbeit, Eure Aufbauerfolge und auch Euren Kampf um die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands.

Das gesamte tschechoslowakische Volk nahm vor einem Monat mit großer Freude und Genugtuung Kenntnis von der Deklaration und den Abkommen über die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, die zwischen den Regierungen unserer beiden Länder abgeschlossen wurden. Das Abkommen, das wir schlossen, bedeutet den Beginn einer neuen Aera in der Geschichte der gemeinsamen Beziehungen zwischen unseren Ländern, einer Aera freundschaftlichen und friedlichen Zusammenlebens. Diese Abkommen, welche die Basis für eine hoffnungsvolle weitere Entwicklung und Vertiefung der friedlichen Zusammenarbeit unserer Völker bedeuten, konnten deshalb abgeschlossen werden, weil sich in den Grundlagen selbst die Bedingungen änderten, die die Zukunft unserer Länder bestimmen. Die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik durch die heroische Sowjetarmee ermöglichte es unserem arbeitenden Volke, der einzige wirkliche Herr seiner Heimat zu werden, den Weg einer fortschrittlichen Entwicklung anzutreten, im Februar 1948 den Versuch der Bourgeoisie zur Wiederherstellung des Kapitalismus zunichte zu machen und kühn auszuschreiten zur Verwirklichung seines Zieles, zum Aufbau des Sozialismus.

Zwischen der von der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei geführten Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik, wo heute die Arbeiterklasse, geführt von ihrer Sozialistischen Einheitspartei, die entscheidende Rolle innehat, gibt es nicht mehr und kann es keine strittigen Fragen geben.

Das politische Wachstum der Funktionäre und Mitglieder unserer Partei, die Aneignung der marxistisch-leninistischen Lehre, die Verbesserung der Arbeit der ganzen Partei durch die Aneignung der reichen Erfahrungen unserer ruhmvollen Lehrerin der KPdSU (B), — die erfolgreiche Erfüllung des Fünfjahrplanes, der Aufbauenthusiasmus der Werktätigen in den Betrieben, die Massenentfaltung der Aktivistenbewegung, sowie auch die Entfaltung der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften auf unserem Lande, — sie bilden die Gewähr des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus in unserer Heimat und sind der beste Beitrag unseres Volkes zur Stärkung des Weltfriedens.

Und deshalb verstehen die tschechoslowakischen Kommunisten, beseelt von den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus, vollkommen die große Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem demokratischen Deutschland. Deshalb verfolgen wir mit lebendigem Interesse die große Arbeit eurer Partei und wir sind entschlossen, mit allen unseren Kräften mitzuhelfen, im Kampfe um die Seele des ganzen deutschen Volkes, um ein einheitliches, friedliebendes Deutschland."

Proletarische Solidarität

Französische Delegation protestiert gegen die Verhaftung von Friedenskämpfern

Zu Beginn des zweiten Tages des III. Parteitages der SED gab Genosse Dahlem, der den Vorsitz führte, folgende Erklärung ab:

„Genossinnen und Genossen! Gestern abend habt Ihr mit Empörung die Mitteilungen des Genossen Jendretzky über die Verhaftungen und insbesondere über die Festhaltung von über 500 Friedenskämpfern im französischen Sektor und ihre unwürdige Behandlung gehört.

Die französische Delegation auf unserem Kongreß, der ein Senator und vier Kammerdeputierte angehören, hat sich mit einem Protestbrief an den französischen Militärkommandanten gewendet, (stürmischer Beifall) und kategorisch die Entlassung der Gefangenen verlangt, sowie angekündigt, daß sie bei der Regierung sofort eine dementsprechende Interpellation machen wird (erneuter stürmischer Beifall).

Zu gleicher Zeit ist aus Paris folgendes Telegramm eingegangen:

„Paris, den 19. Juli 1950

An den FDGB Groß-Berlin

Sind empört über Verhaftung von Friedenskämpfern im Westsektor von Berlin. Uebermitteln Euch Gefühle der Solidarität der CGT und aller französischen Arbeiter (wiederholter stürmischer Beifall). Erheben energisch Protest gegen die Beteiligung der französischen Besatzungsbehörden an diesen Verfolgungen. B. Frachon, Generalsekretär des CGT." (Beifall.)

Historischer Beitrag zur Sicherung des Friedens

Die Sowjetmenschen wünschen dem deutschen Volk von ganzem Herzen Erfolg

„Die Sowjetmenschen verfolgen mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie den Kampf des deutschen Volkes, den es um ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches, friedliebendes Deutschland und um die weitere Festigung der jungen Deutschen Demokratischen Republik führt. Die Sowjetmenschen wünschen dem deutschen Volk von ganzem Herzen alle Erfolge zu diesem richtigen und gerechten Weg", erklärte der sowjetische Delegationsführer Suslow in seiner Begrüßungsansprache an den 3. Parteitag der SED.

Seine Ausführungen waren von wahren Beifallsstürmen begleitet. Stehend feierten die Delegierten die Freundschaft zwischen der KPdSU und der SED durch den Gesang der Internationale. Nach der Ansprache des sowjetischen Delegationsführers schüttelten sich Suslow, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl die Hände, während die Delegierten immer wieder in Hochrufe auf Stalin und auf die Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und dem deutschen Volk ausbrachen.

Rede des Genossen Suslow

Genossinnen und Genossen!

In den Reden der Vorsitzenden Ihrer Partei, Pieck und Grotewohl, und in den Reden anderer Genossen, die vom ganzen Parteitag heiß unterstützt wurden, sind viele herrliche und bewegende Worte gesagt worden über die herzlichen Gefühle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des deutschen Volkes zum Sowjetvolk, zum Sowjetstaat und seiner friedliebenden Außenpolitik, und zum Führer und Lehrer der Werktätigen der ganzen Welt, dem Freunde des deutschen Volkes, Genossen Stalin.

Gestatten Sie mir, im Namen der Delegation des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion den Genossen Pieck und Grotewohl und Ihnen allen, teure Freunde, heiß zu danken für diese schönen und aufrichtigen Gefühle.

Die sich festigende Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volke in ihrem edlen Kampfe um den Frieden ist ein Faktor wichtigster internationaler Bedeutung, der die Sache des Friedens in der ganzen Welt festigt und einen starken Schlag führt gegen die hinterhältigen Pläne der anglo-amerikanischen Imperialisten, denn wenn unsere beiden Völker — wie Genosse Stalin sagte,

> „die Entschlossenheit an den Tag legen, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten".

Die Sowjetmenschen verfolgen mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie den Kampf des deutschen Volkes, den es um ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches, friedliebendes Deutschland führt, um die weitere Festigung der jungen Deutschen Demokratischen Republik. Die Sowjetmenschen wünschen dem deutschen Volke von ganzem Herzen alle Erfolge auf diesem richtigen und gerechten Wege.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion und das ganze Sowjetvolk verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die Arbeit des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat uns beauftragt, Ihrem Parteitag eine brüderliche Begrüßung zu überbringen.

Im Anschluß an seine Ausführungen verlas Suslow ein Schreiben des Zentralkomitees der KPdSU, das von den Delegierten des Parteitages mit nicht endenwollenden Ovationen begrüßt wurde. Franz Dahlem gab dem Dank des Parteitages und der Genugtuung der Delegierten über die Einschätzung der Arbeit der SED durch die KPdSU Ausdruck. Der Parteitag könne dadurch am besten seinen Dank abstatten, sagte Franz Dahlem, daß er verspricht, die Mitglieder zu noch intensiverem Studium der Lehren der Geschichte der KPdSU (B) zu erziehen.

Begeistert stimmten die Delegierten dem Vorschlag des Präsidiums zu, ein Telegramm an Stalin zu senden, in dem die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die herzlichsten und brüderlichen Grüße übermittelt.

„Unsere Völker haben sich verbrüdert"

Unbeschreiblich war die Begeisterung, als der Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, Cyrankiewicz, in deutscher Sprache die Grüße des Zentralkomitees der polnischen Vereinigten Arbeiterparteien und ihres Vorsitzenden, des Genossen Boleslaw Bierut, überbrachte. Cyrankiewicz sagte: „Das Symbol deutsch-polnischer Freundschaft sind nicht diplomatische Akte wie das Warschauer Abkommen, sondern vor allem die herzliche Verbrüderung deutscher und polnischer Arbeiter, die Verbrüderung der prachtvollen polnischen und deutschen Jugend. So wie die Jugend unserer Völker heranwächst so wächst Freundschaft zwischen unseren Erwachsenen. Kann es eine schönere und bessere Garantie der Zukunft geben?" fragte der Genosse. Der Parteitag antwortete tausendstimmig mit dem Ruf: „Freundschaft siegt!"

Mit besonderer Herzlichkeit sprach der polnische Ministerpräsident dann von der deutschen Jugend, die er als die unerschütterliche Zukunft unserer Partei, der deutschen Nation und der internationalen Friedenskräfte bezeichnete. Cyrankiewicz sprach dann von der Warschauer Deklaration und dem Abkommen von Zgorzelce, in welchem die festgesetzte Friedensgrenze an der Oder-Neiße feierlich bestätigt wurde. Er stellte fest, daß diese Abkommen einen machtvollen Schlag gegen die chauvinistische und amerikanische Propaganda, gegen die Pläne der englischen und amerikanischen Imperialisten bedeuten. Die Ehrung des deutschen Volkes faßte Cyrankiewicz in folgende Worte:

„Die Hitler und Goebbels haben es nicht vermocht, die Völker der Welt vergessen zu lassen, daß das deutsche Volk der Menschheit einen Keppler und Beethoven, einen Goethe und einen Heine geschenkt hat. Niemals wird die Welt vergessen, daß Deutschland die Heimat von Marx und Engels war, dieser Titanen des menschlichen Denkens, deren Lehre von Lenin und Stalin weiter entwickelt, zum Werkzeug des Fortschrittes der ganzen Menschheit geworden ist."

Genosse Cyrankiewicz schloß: „Ueber die Friedensgrenze der Oder-Neiße hinweg reichen die Volksmassen Polens dem deutschen Volke die brüderliche Hand, weil sie wissen, daß diese Freundschaft die Sache des Friedens stärkt, die Pläne der Kriegstreiber durchkreuzt und die Zukunft unserer Völker sichert. Genossen! Eines wissen wir bestimmt, die Pläne der Feinde der Menschheit, der Welteroberer, sind zum Scheitern verurteilt!"

ZK der KPdSU (B) grüßt den Parteitag

An den III. Parteitag der SED, Berlin

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion grüßt den dritten Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Vortrupps der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen des Landes.

Getreu den revolutionären Traditionen des deutschen Proletariats ist die Sozialistische Einheitspartei die Hauptkraft aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Deutschlands in ihrem Kampf um die endgültige Ausrottung des Militarismus und der Reaktion, um die Liquidierung der Folgen des Krieges, in den der Faschismus das deutsche Volk gestürzt hat.

In den vergangenen fünf Jahren erzielte die Partei gemeinsam mit den anderen demokratischen Organisationen große Erfolge in der demokratischen Umgestaltung Deutschlands und sicherte den unaufhaltsamen Aufschwung auf allen Gebieten der Wirtschaft und Kultur und die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Volksmassen.

Die Sozialistische Einheitspartei leistet durch ihren ganzen Kampf um die Schaffung eines demokratischen und friedliebenden deutschen Staates einen historischen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wünscht der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands neue Erfolge in ihrem Kampf um die weitere organisatorische und ideologische Festigung ihrer Reihen, um den Triumph der Grundsätze des proletarischen Internationalismus, um die Festigung der Einheit aller demokrakratischen Kräfte des Landes, um die Festigung des Friedens in der ganzen Welt.

Wir senden dem dritten Parteitag der SED, der berufen ist, eine wichtige Rolle bei der Schaffung des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands zu spielen, die besten Wünsche für eine erfolgreiche Arbeit.

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!

Es lebe die internationale Solidarität der Werktätigen im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Der III. Parteitag an Kim Ir Sen

Im Auftrage des Präsidiums des III. Parteitages schlug Genosse Lohagen den Delegierten die Absendung eines Telegramms an den Vorsitzenden der Arbeiterpartei Koreas und Oberkommandierenden der koreanischen Streitkräfte, Kim Ir Sen, vor. Die Delegierten erhoben sich nach der Verlesung des Telegramms von ihren Plätzen und gaben durch langanhaltenden, stürmischen Beifall ihre Zustimmung.

Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Die Delegierten des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands senden dem heldenmütigen koreanischen Volk und seiner tapferen, vorwärtsstürmenden Volksarmee brüderliche revolutionäre Kampfesgrüße.

Im Namen des friedliebenden demokratischen Deutschlands erheben wir unsere Stimme gegen die schändliche und barbarische Aggression der amerikanischen Imperialisten, die sich gegen die nationale Einheit und den demokratischen Aufbau Koreas richten. Sie verwüsten Euer Land und morden durch Terrorangriffe auf Städte und Dörfer Eure Kinder und Frauen. Die koreanische Nation hat sich unter der Führung Kim Ir Sens wie ein Mann zusammengeschlossen und ist dabei, die frechen imperialistischen Räuber zu vertreiben, so wie das chinesische Volk sie vertrieben hat.

Euer Sieg ist gewiß. Das mächtige Lager des Friedens, das unter der Führung der Sozialistischen Sowjetunion, unter der Führung des Genossen Stalin steht, ist unbesiegbar.

Angesichts Eueres heroischen Kampfes verpflichten sich die Delegierten des III. Parteitages, ihre Anstrengungen im Kampf um die Verbreiterung der Friedensbewegung in Deutschland und um die nationale Einheit Deutschlands gegen den gemeinsamen Feind, den beutegierigen amerikanischen Imperialismus, zu verdoppeln.

Es lebe das heldenhafte koreanische Volk und sein Führer Kim Ir Sen!"

Junge Pioniere begrüßen den III. Parteitag

War der Einzug der Volkspolizei vielleicht der stolzeste Eindruck, den die Delegierten des III. Parteitages empfingen, dann war der Einmarsch der Jungen Pioniere zweifellos der schönste.

Der Einmarsch der vieltausendköpfigen Delegation der Jungen Pioniere löste bei den Delegation der Jungen Pioniere löst bei den Parteitag bis dahin noch nicht erlebt hat. Mit den Klängen des Jugendliedes: „Ihr habt ja ein Ziel vor den Augen", ziehen die Jungen und Mädel in ihrer schmucken Tracht, unter wehenden blauen Fahnen und Wimpeln, über ihren Köpfen die bunten Blumensträuße schwenkend, in die Halle, bis die Gänge und der Platz vor dem Präsidium des Parteitages von ihnen dicht gefüllt sind. Die hinten in der Halle stehenden Pioniere werden von den Delegierten auf den Arm genommen, damit sie Wilhelm Pieck — auf den ihre Hochrufe nicht abreißen wollen — besser sehen können.

Ein junges Mädel überbringt dem Parteitag die herzlichen Grüße aller Pioniergruppen und wünscht dem Parteitag volles Gelingen. Während der starke Beifall der Delegierten den jungen Pionieren für ihre eindrucksvolle und schöne Demonstration dankt, ertönen immer und immer wieder die Losungen der Jungen Pioniere, deren Witz und Treffsicherheit neuen Beifall finden.

Genosse Bernhard Koenen dankt den Pionieren für ihren Aufmarsch und ermahnt sie, noch stärker als bisher für den Frieden und für den friedlichen Aufbau unserer Heimat zu werben. Sein „Seid bereit", wird vieltausendstimmg mit dem Versprechen beantwortet, „Immer bereit" zu sein.

Noch immer wollen die Hochrufe auf den Präsidenten Wilhelm Pieck kein Ende nehmen. In Sprechchören wünschen sie, daß Wilhelm Pieck zu ihnen spricht, und er bittet sie, das Weltjugendlied zu singen. Alle Delegierten singen das Lied der Weltjugend und während des Absingens fliegen die Blumensträuße der Jungen Pioniere durch die Luft, um auf den Plätzen der Delegierten zu landen. Blumensträuße werden den Delegierten des Ehrenpräsidiums überreicht und Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und der Vertreter des ZK der KPdSU (B), Suslow, heben die Jungen Pioniere zu sich herauf und unterhalten sich mit ihnen. Nur ungern nehmen sie Abschied und verlassen unter Schwenken ihrer blauen Halstücher den Parteitag.

Korea mahnt:

Verstärkt den Kampf um den Frieden!

Verstärkter Kampf um den Frieden

Aus der Rede des Genossen Franz Dahlem

Genosse Franz Dahlem sprach am Samstagfrüh über den verstärkten Kampf um den Frieden. „Der Kampf um den Frieden, für die Zerschlagung und Verhinderung der Kriegspläne der Imperialisten, ist unlöslich mit dem Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland für die engste Freundschaft mit der Sowjetunion verbunden", erklärte er.

Jedes Gespräch darüber mit Menschen aus Westdeutschland zeigt, daß noch eine gewaltige Aufklärungsarbeit zu leisten ist, damit erstens die Bevölkerung die unmittelbar drohende Kriegsgefahr und die sichtbaren Kriegstreiber, die unter ihren Augen den Krieg vorbereiten, wirklich als solche erkennt und zweitens, davon überzeugt wird, daß die Sowjetunion der Vorkämpfer des Friedens ist, daß sie immer der wahre Freund des deutschen Volkes war und ist, daß nur in engster Freundschaft mit ihr verbunden, der Friede bewahrt werden kann. Mir scheint, daß wir bisher in beiden Fragen nicht beweiskräftig genug argumentierten.

Genosse Dahlem spricht von dem Plan, eine Zone des Todes zwischen Elbe und Rhein zu schaffen, „in der bei einem unaufhaltsamen Gegenstoß deutsche Söldnerarmeen als ‚verlorene Trupps' hinhaltend kämpfen sollen, bis das ganze Gebiet bis zum Rhein zerstört, vergiftet und unpassierbar gemacht worden ist. Solche Vernichtungsabsichten," sagte Genosse Dahlem, „gegenüber Westdeutschland werden veröffentlicht.

Es muß also möglich sein, die ganze Bevölkerung zu alarmieren, daß eine solche Katastrophe vom deutschen Volk in seinem eigenen Lebensinteresse selbst verhindert werden muß." Genosse Dahlem erklärt „die geplante Anwendung der Atombombe ist derart barbarisch und grausam, daß sie für die westdeutsche Bevölkerung unvorstellbare Folgen der Ausrottung haben würde. Warum schildern wir nicht leidenschaftlich an Hand der Erfahrungen von Hiroshima," fragt Genosse Dahlem, „was Atombomben für Westdeutschland bedeuten würden?" Auf Grund einer solchen Massenaufklärung, sagt Genosse Dahlem, muß es gelingen, die Menschen aller Schichten des Volkes, die Arbeiter, die Bauern, die Intelligenz, den städtischen Mittelstand bis zu den Unternehmern in einer breiten Friedensbewegung zur gemeinsamen Abwehr der alle bedrohenden Gefahr der Vernichtung der Wohn- und Arbeitsstätten und der Auslöschung des Lebens der Bevölkerung zu vereinen. Auf dieser Grundlage kann man weitere Millionen Menschen für die Unterschriftenleistung gegen die Atombombe gewinnen. Genosse Dahlem bezeichnet es als eine der wichtigsten Aufgaben, in der Bevölkerung Westdeutschlands das Verständnis über die Rolle der Sowjetunion, als des Vorkämpfers für den Frieden zu schaffen. Er spricht von der Verantwortung aller Deutschen, daß in Westdeutschland durch den aktiven Kampf aller Friedenskämpfer hüben und drüben den Kriegstreibern die Vorbereitung des Krieges unmöglich gemacht wird. Er sagt: „Zwei Millionen Unterschriften für das Verbot der Atombombe in Westdeutschland, die zahlreichen Demonstrationen gegen die Kriegsvorbereitungen am Rhein, an der Lorelei, gegen die amerikanische Intervention in Korea, die Beschlüsse der Hafenarbeiter, Seeleute und Metallarbeiter gegen den Transport und die Herstellung von Kriegsmaterial: das sind erst Anfänge in diesem Kampfe. Aber auf vielen Gebieten, in allen Volksschichten, muß der Kampf um den Frieden geführt werden und hier hat Genosse Pieck selbstkritisch angedeutet, welche gesamtdeutschen Aufgaben die SED zu lösen hat.

Die Ideen von Marx, Engels Lenin und Stalin vereinen uns

Zu einem erhebenden Akt der Völkerfreundschaft gestaltete sich das Auftreten des Vertreters der großen, ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas, des Genossen Wang Chia Hsiang, der dem III. Parteitag der SED die Grüße Mao Tse Tungs und Volkschinas überbrachte. Minutenlang schallte der Name des großen Sohnes des chinesischen Volkes, Mao Tse Tung, durch den Saal.

Genosse Wang Chia Hsiang sagte:

„China und Deutschland sind räumlich weit voneinander entfernt, doch die großen Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin vereinigen uns. Die Macht des Volkes beginnt jetzt in Europa mit der Deutschen Demokratischen Republik und endet mit China, Korea und Vietnam im Osten Asiens.

Zwei welthistorische Ereignisse sind im Herbst des vergangenen Jahres vor sich gegangen. Im Fernen Osten siegte die Chinesische Volksdemokratie. Das zweite historische Ereignis des Jahres 1949 ist die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik, auf deren große Bedeutung Genosse Stalin wiederholt hingewiesen hat."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Diskussionsrede Max Reimanns

Vom Parteitag jubelnd begrüßt, übernahm Max Reimann, der erste Vorsitzende der KPD in der Diskussion zum Referat des Genossen Wilhelm Pieck das Wort. Auf die Bedingungen der Arbeit und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands eingehend, führte er aus:

„Die Kriegsvorbereitungen der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland gehen in einem beschleunigten Tempo vor sich. An zahlreichen Stellen Westdeutschlands werden militärische Anlagen errichtet. Immer offener fordern ehemalige Hitler-Generale, wie Manteuffel, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und eine eigene Armee, die alle Waffengattungen umfassen soll. Es ist charakteristisch für die rechte sozialdemokratische Parteiführung, daß sie in dieser für unser Volk entscheidenden Frage, ebenso wie die Adenauer-Regierung, sich den Wünschen der amerikanischen Imperialisten unterordnet. Bei einer kürzlich stattgefundenen Aussprache zwischen Dr. Adenauer und Dr. Schumacher einigten sie sich über die Teilnahme führender Sozialdemokraten an den Verhandlungen über den Schuman-Plan, wodurch das Rüstungspotential Westdeutschlands mit dem der westeuropäischen Länder zusammengefaßt werden soll. Wie die „Welt am Sonntag" darüber berichtet, führte diese Aussprache auch zu weitgehender Uebereinstimmung in der Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands.

Parallel mit dem Aufbau Westdeutschlands als Kriegsbasis gegen die Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratien und die DDR nimmt die ideologische Kriegsvorbereitung an Umfang und Bedeutung zu. Die westdeutschen Kriegstreiber verfolgen die Absicht, in der Bevölkerung und vor allen Dingen in den sogenannten Landsmannschaften, den Organisationen der Umsiedler, eine antisowjetische Stimmung zu schaffen. In der vergangenen Woche wurden in vielen Städten Westdeutschlands Kundgebungen dieser Landsmannschaften durchgeführt. Den Gang dieser Kundgebungen kennzeichnet die dort gehaltene Rede Seebohms, eines Ministers der Adenauer-Regierung, der ganz offen im Nazi-Jargon erklärt, ein Asiat, ein Amerikaner und ein Vertreter des britischen Empire hätten das Potsdamer Abkommen geschlossen. Dies ist ein Beispiel dafür, wie im Dienst der Amerikaner in Westdeutschland der Nazigeist, der Rassenhaß, gezüchtet wird.

Die verräterische Großbourgeoisie wälzt nicht nur die Kosten des zweiten Weltkrieges, sondern auch die neuen Kriegsvorbereitungen auf die werktätige Bevölkerung ab. Zum letzten Male wurden Anfang März 1950 von den Hohen Kommissaren die Besatzungskosten mit 4,5 Milliarden angegeben. In diesen 4,5 Milliarden werden 450 000 DM nicht als gerechte Besatzungskosten anerkannt, da sie für falsche militärische Zwecke verwandt wurden. Die Ausgaben für militärische Anlagen sind inzwischen angestiegen. Um dies vor der Bevölkerung zu verschleiern, wurde seither der Etat der Adenauer-Regierung nicht wieder veröffentlicht.

Massenelend und drückende Besatzungskosten

Die „Deutsche Zeitung" berichtet Anfang Mai, daß die Summe der Besatzungskosten inzwischen auf etwa 5,3 Milliarden angestiegen sei. Neben den Kosten der Kriegsvorbereitungen müssen die werktätigen Massen die Folgen der Kolonisierung Westdeutschlands tragen. Die von der Ruhrbehörde geforderte Herabsetzung des Exportpreises für Ruhrkohle um 20 Prozent hat zu neuen Angriffen auf die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung geführt. Durch die Verteuerung des Brotes und der Margarine sollen die für Kriegsvorbereitungen verausgabten Gelder und die Kosten der Kolonialisierung zum großen Teil aufgebracht werden.

Die zahlreichen Protestentschließungen aus Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen, die Forderung aller Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre an die Führung des DGB, auf die Brot- und Fettverteuerung mit Proteststreiks zu antworten, sind ein Ausdruck der wachsenden Unzufriedenheit und des Kampfeswillens der Arbeiter. Die große Unzufriedenheit unserer Bevölkerung mit diesen Preiserhöhungen zeigt, daß selbst die Fraktion der CDU im Bundestag gegen ihre eigene Regierung stimmte.

Die rechte Gewerkschaftsführung unternahm jedoch wieder alles, um Kämpfe der Arbeiter gegen das Adenauer-Regime zu verhindern. Nach Verhandlungen zwischen den rechten Gewerkschaftsführern und der Adenauer-Regierung wurden die Interessen der Bevölkerung durch die rechten Gewerkschaftsführer preisgegeben.

Die Sehnsucht nach Frieden ist unter der westdeutschen Bevölkerung groß. Die Menschen wollen keinen neuen Krieg. Die Forderungen der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands üben auf die Bevölkerung einen bedeutenden Einfluß aus.

Dennoch konnte die KPD ihren Einfluß nicht verstärken, das Vertrauen der Massen nicht vergrößern und erlitt selbst bei den letzten Wahlen schwere Rückschläge.

Sowjetunion – stärkste Friedensmacht

Die letzte Parteivorstandssitzung der KPD befaßte sich eingehend damit und beschloß Maßnahmen mit dem Ziel, eine entscheidende Neuordnung der Arbeit der Partei herbeizuführen. Die Parteivorstandssitzung stellte selbstkritisch die Schwächen und Fehler in der Politik der Partei fest. In den Grundfragen unserer Politik haben Teile in unserer Partei immer wieder geschwankt und sind vor Verleumdungen des Feindes zurückgewichen. Die Partei hat nicht zäh und beharrlich genug die Bevölkerung in Westdeutschland über die Friedenspolitik der Sowjetunion aufgeklärt. Sie hat den Massen nicht ständig an Hand der politischen Ereignisse aufgezeigt, daß die Sowjetunion der beste Freund des deutschen Volkes im Kampf um ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschlands ist, daß die Antisowjethetze das deutsche Volk im Interesse der amerikanischen Kriegstreiber in eine neue Katastrophe stürzen soll und daß die Freundschaft mit der Sowjetunion und den friedliebenden Völkern dem deutschen Volk einen Weg in eine bessere Zukunft eröffnet, wie es das Beispiel der DDR heute schon zeigt.

Daß kommunistische Mitglieder und Funktionäre in der Frage der Verhältnisse zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der volksdemokratischen Länder, insbesondere Polen und der Tschechoslowakei, schwanken, das zeigte sich vor allem bei der endgültigen Markierung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen. Die Partei hat nicht offensiv den Abschluß dieses Abkommens als eine große Tat zur Sicherung des Friedens in Europa propagiert. Daher konnten die Kriegstreiber gerade in dieser Frage ihre chauvinistische Kriegshetze entfalten. Unter der Bevölkerung Westdeutschlands und in unserer Partei gibt es große Unkenntnis und falsche Vorstellungen über die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik. In unserer Partei wurde der Weg der DDR völlig ungenügend und nicht als der einzige Ausweg für das ganze deutsche Volk aufgezeigt. Das Beispiel der DDR wurde von uns nicht genügend propagiert. Die Hauptaufgabe unserer Partei, die Organisierung des Kampfes für den Frieden, stand nicht immer im Mittelpunkt unserer Tätigkeit. Die große Kriegsgefahr und die Notwendigkeit der Entwicklung einer breiten, alle Bevölkerungsschichten umfassenden Friedensbewegung wurde von vielen Mitgliedern und Funktionären unserer Partei unterschätzt, obwohl es auch hervorragende Beispiele des Einsatzes mancher Parteieinheiten in der Friedensarbeit gibt.

Vor allem wurde in den Gewerkschaften nicht konsequent genug für die Verteidigung des Friedens gearbeitet. Genossen wichen vor den Angriffen der rechten Gewerkschaftsführer zurück.

Die 16. Tagung des Parteivorstandes der KPD hat Maßnahmen beschlossen, um eine Veränderung in der Partei herbeizuführen, und zu sichern, daß die KPD ihre großen Aufgaben in Westdeutschland erfüllt. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die eine einheitliche, feste, keinen opportunistischen Schwankungen unterworfene Parteiführung sichern sollen.

Schwächen unserer Partei

Als eine der wichtigsten Maßnahmen wurde beschlossen, den Genossen Hermann Nuding aus dem Sekretariat zu nehmen, um zu garantieren, daß unsere Genossen in den Gewerkschaften so angeleitet werden, daß sie fähig sind, die Gewerkschaftsmitglieder für eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu gewinnen und das opportunistische Zurückweichen vor den rechten Gewerkschaftsführern zu beenden.

Es wurden weiterhin Beschlüsse gefaßt, die Garantie zu schaffen, daß die Presse als das wichtigste Sprachrohr der Partei ihre Aufgaben in Zukunft erfüllt und neue Methoden in der Massenagitation angewandt werden.

Die wichtigste Ursache des Schwankens vieler Mitglieder und Funktionäre in den Grundfragen unserer Politik, das opportunistische Zurückweichen vor der Hetze des Gegners und das Verhalten gegenüber sozialdemokratischen Mitgliedern und Anhängern sowie gegenüber den Bauern und städtischen Mittelschichten ist die ideologische Schwäche unserer Partei.

So wurde auf der 14. Parteivorstandssitzung eine Resolution über die ideologisch-politische Festigung der KPD auf dem Boden des Marxismus-Leninismus beschlossen. Zweifellos hat die Diskussion dieser Resolution uns in der Partei einen Schritt vorwärts geholfen.

Die politische Wachsamkeit unserer Partei wurde gestärkt. Agenten, wie Herbert Müller, Ludwigshafen, Fischer vom Landessekretariat Bayern, Schappe, stellvertretender Chefredakteur des Zentralorgans, und Kurt Müller wurden entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen. Mit Kurt Müller wurde einer der raffiniertesten und gefährlichsten Agenten des Feindes entlarvt. Jedoch werden wir nie vergessen, daß wir in Westdeutschland neben der westdeutschen Bourgeoisie die Geheimdienste dreier imperialistischer Großmächte haben, die keine Mittel zur Zersetzung unserer Partei scheuen. Daher müssen wir ununterbrochen an der Verstärkung der politischen Wachsamkeit unserer Partei arbeiten, denn die Feinde unserer Partei sind die Feinde unseres Volkes. Der entscheidende Mangel bei der Diskussion über die Resolution, über die ideologisch-politische Festigung war, daß diese Diskussion nicht bis in die untersten Parteieinheiten hineingetragen wurde und vielfach losgelöst von der politischen Aufgabenstellung geführt wurde. Die ideologische Arbeit wurde vielfach in der Partei rein kampagnemäßig in Angriff genommen.

Die KPD wird die ideologische Arbeit entschieden verbessern, vor allem durch eine Organisierung des Zirkelstudiums der Geschichte der KPdSU (B), wobei alle führenden Parteifunktionäre verpflichtet werden, selbst die Leitung eines Zirkels zu übernehmen. Ebenso wird der Parteivorstand der KPD das Selbststudium der Werke Marx', Engels', Lenins und vor allem der Werke des Genossen Stalin organisieren. In der verschärften Kriegsvorbereitung des amerikanischen Imperialismus und seiner deutschen Lakaien werden auch die Angriffe gegen unsere Partei immer heftiger. Wenn wir die Partei ideologisch und organisatorisch kräftigen, können wir unsere Aufgaben in Westdeutschland erfüllen.

Wir werden die Kritik beherzigen

Genosse Pieck hat an der Partei der KPD in Westdeutschland scharfe Kritik geübt und die Fehler und Mängel in unserer Arbeit aufgedeckt. Diese Kritik war notwendig und berechtigt. Es ist für uns eine große Hilfe, da sie dazu beitragen wird, daß wir die Fehler in unserer Arbeit überwinden. Besonders unterstreichen möchte ich die Worte des Genossen Pieck, daß wir beharrlich und zielbewußt unsere innere Organisationsarbeit fortsetzen, die Verbindung mit dem einfachen Menschen herstellen und festigen müssen. Dabei wird uns das Vorbild der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands helfen.

Nach der KPdSU (B) ist die SED für uns daß große Beispiel. Sie zeigt, daß eine geeinte Arbeiterklasse in der Lage ist, das Volk beim Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung und zur Verteidigung des Friedens zu führen. Sie zeigt, daß die geeinte Arbeiterklasse der Kern der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands ist. Von der SED wollen wir lernen, wie die Parteiführung die unteren Parteieinheiten anleitet und führt und wie sie die Durchführung von Beschlüssen kontrolliert. Ihre Erfahrungen bei der Heranziehung neuer Kräfte und bei der Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus sind für uns von größter Bedeutung.

Genossen! Euer Parteitag wird ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einem einheitlichen, friedliebenden Deutschland sein. Die 1200 Delegierten der KPD, die als Gäste an eurem Parteitag teilnehmen, empfangen hier neue Impulse für ihre Arbeit im Westen unserer Heimat. Die Erlebnisse und die Lehren eures Parteitages werden uns helfen, in Westdeutschland an der Entwicklung einer breiten Friedensbewegung und der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands erfolgreich zu arbeiten.

Nicht nur Sympathie, sondern helfende Kritik

Wilhelm Piecks Schlußbemerkung über Westdeutschland

In seinem Schlußwort ging Genosse Wilhelm Pieck auch auf den Diskussionsbeitrag Max Reimanns ein. Er sagte, daß wir uns nicht nur mit Beifall begnügen dürfen, wie ihn der Parteitag Max Reimann in reichem Maße gespendet habe, sondern ernsthaft an die Arbeit zur Verbesserung unserer ganzen Politik heranzugehen haben.

Die Aufgaben bestehen darin, ganz konkret aufzuzeigen, wie der Kampf in der Partei in Westdeutschland geführt werden muß. Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, die zum Teil traditionell vorhandene Abneigung gegen die Kommunistische Partei zu beseitigen und durch unsere Arbeit das Vertrauen der Massen zu gewinnen.

Wilhelm Pieck zeigte auf, daß die Ausführungen Max Reimanns, wie die einiger führender Genossen aus Sachsen-Anhalt und Berlin, noch nicht die konkrete Schlußfolgerung enthalten haben, die notwendig sei. Der Beifall entspringe der Anteilnahme an dem schweren Kampf, der in Westdeutschland von der Partei geführt werde, und insbesondere der Sympathie, die wir alle für den Genossen Max Reimann empfinden.

Genosse Pieck wies darauf hin, daß es aber nicht genüge, den Genossen im Westen für ihre schwere Arbeit aus dem Gefühl heraus Beifall zu zollen, diese Kritik sei notwendig, weil ohne sie nicht die Lehre gezogen werden kann, die wir ziehen müssen, um zu einem großen Erfolg in der Arbeit zu kommen.

Der erhebende Abschluß des Parteitages

Der III. Parteitag der SED billigte am Montag, dem letzten Tag des Parteikongresses, einstimmig die Entschließung über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED. Der Parteitag billigte die vom Parteivorsitzenden, Wilhelm Pieck, erstattete Absicht des Parteivorstandes und verpflichtete die Mitglieder der Partei, die festgelegte Aufgabe zu verwirklichen. Einstimmige Annahme fand eine Entschließung: „Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik."

Die Annahme dieses Dokumentes, das der Regierung der DDR zugeleitet wird, begrüßten die Delegierten mit stürmischem Beifall. Zustimmung fand das neue Parteistatut der SED. Abgestimmt wurde schließlich über insgesamt 28 Anträge, die dem Parteitag von der Landesdelegierten-Konferenz, SED-Betriebsgruppen und Einzelmitgliedern, sowie von Parteilosen zugegangen waren. Darunter befindet sich auch der Antrag, der eine Ueberprüfung und Neuregelung der gegenwärtig in der DDR gültigen Tarifverträge erwartet. Gemäß einem weiteren Antrag und der entsprechenden Ausführung sollen die Renten für die Alten und Waisen in der DDR ab 1. September erhöht werden.

Eine Reihe von Anträgen sind für die künftige Kulturarbeit von großer Bedeutung. Vor den Besprechungen hatte der Parteitag die Berichte von der Kommission entgegengenommen. Nach den Feststellungen der Mandatprüfung haben die Landesdelegiertenkonferenzen zum III. Parteitag der SED 2205 Delegierte entsandt. Zwei Delegierte wurden bei der Sammlung von Unterschriften zur Aechtung der Atombombe in den Berliner Westsektoren verhaftet und sind bisher noch nicht zurückgekehrt. Am Parteitag nahmen ferner 2070 Gastdelegierte teil, von denen 1213 aus Westdeutschland stammen.

Am Montag übermittelten die Gäste der rumänischen und der albanischen Arbeiterpartei den Delegierten des Parteitages die besten Kampfesgrüße.

Mit stürmischem Beifall empfing der Parteitag Herta Kuusinen, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Finnlands. Sie überbrachte die brüderlichen Kampfesgrüße des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Finnlands und hob ebenfalls das große Interesse und die wachsende Freude hervor, mit der die Kommunisten und Volksdemokraten in Finnland die von der SED beim Aufbau der DDR und im Kampf für das einheitliche demokratische Deutschland erfüllten Losungen verfolgen. Nach Abschluß des Wahlaktes für die neue politische Führung der SED teilte Gen. Handtke mit, daß die Ueberprüfung der Stimmzettel ergeben habe, daß sämtliche von der Wahlkommission vorgeschlagenen und von den Delegierten gebilligten 51 Mitglieder des ZK und 30 Kandidaten des ZK der SED gewählt wurden.

Gen. Handtke unterbreitete den Delegierten den Vorschlag, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl zu Vorsitzenden der Partei zu wählen. Ein Beifallssturm brauste auf, als die Wahl einstimmig geschah. Die Zustimmung steigerte sich zu minutenlangen Ovationen, als Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl einen herzlichen Händedruck tauschten. Nicht enden wollten die Hochrufe auf Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl.

Nach der Annahme des Statuts der SED, ergriff, von spontanem Beifall begrüßt, der Kandidat des Politbüros der Kommunistischen Partei Griechenlands und einer der militärischen Führer der griechischen Widerstandsbewegung, Gussias, das Wort, der den Delegierten die brüderlichen Kampfesgrüße des ZK seiner Partei übermittelte.

Unter anhaltendem Beifall erhoben sich die Delegierten von ihren Plätzen, als der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Oesterreichs, Friedl Firnberg, der Partei die Grüße der österreichischen Kommunisten überbrachte.

Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN

Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin

69. Fortsetzung

„Ich werde schon fahren, Jarak, mag kommen, was will!"

Der Nebel verzog sich.

Sie gingen zur Siedlung, und bevor sie diese erreichten, sahen sie auf der anderen Seite einen Menschen, der langsam näher kam.

„Sieh, Jarak! Ist das nicht Alitet, der dort geht?"

Jaraks Herz zog sich zusammen. Er rieb sich kräftig die Augen. Wirklich, es war Alitet.

„Du bist blaß geworden, Jarak. Hast du Angst vor ihm? Fürchte dich nicht! Jetzt werde ich dir helfen. Wenn er Mary entführen will, werden wir ihn erstechen. Er hat solch einen Zorn in mein Herz gepflanzt, daß ich ihn wie ein Rentier ausweiden werde!" sagte Aje hitzig und aufgeregt.

„Richtig, Aje! Charlie treibt keinen Handel mehr und will jetzt sicherlich nach Amerika fahren. Er hat sich das früher jedes Jahr vorgenommen. Er will Mary mitnehmen. Deshalb ist Alitet hinter ihr her. Laufen wir schneller!"

In der Siedlung wurden Stimmen laut:

„Alitet kommt! Alitet!"

Mary sprang aus dem Zelt, und als sie Alitet sah, schrie sie auf und lief in entgegengesetzter Richtung davon.

Hinter dem Hügel kamen Jarak und Aje hervor und rannten ihr entgegen.

Vom schnellen Lauf waren ihre Gesichter gerötet; und die an Riemen befestigten Mützen baumelten auf ihren Rücken.

„Fürchte dich nicht, Mary!" beruhigte sie Aje. „Wir werden schon mit ihm fertig werden."

„Komm, gehen wir zur Siedlung, wir wollen ihm besser dort begegnen!" sagte Jarak schon ruhiger. „Wir werden ihn wie einen Wolf belagern."

„Man müßte ihn mit einer Schlinge einfangen und von schnellen Rentieren auf dem Schnee entlang schleifen lassen", schlug Aje vor.

Sie liefen auf Gaimelkot zu, der in der Mitte der Siedlung stand und Alitet beobachtete. Der Alte stand ruhig und schweigsam da. Er dachte: Warum eigentlich ist Alitet zurückgekommen?

Aje zog das Messer heraus und versteckte es hinter seinem Rücken. Der Alte bemerkte es, ging auf Aje zu und sagte:

„Aje, gib das Messer her! Ihr seid kräftige Burschen. Oder seid ihr so schwach, daß ihr ohne Messer nicht mit ihm fertig werdet? Warum meine Erde mit dem Blut dieses unreinen Menschen besudeln? Das Rentiermoos wird auf dieser Stelle nicht mehr wachsen. Und du, Jarak, gib auch du das Messer her!"

„Hier auch mein Messer, Gaimelkot!" sagte Mary.

Der Alte sammelte die Messer ein, legte sie auf den Schnee und stellte sich mit den Füßen darauf.

Alitet kam heran.

„Die Weißgesichter sind umgekommen", sagte er. „Und mit ihnen auch Rynteu. Wahrscheinlich sind sie in den Abgrund gestürzt."

„Und warum bist du nicht abgestürzt? Du warst doch mit ihnen zusammen?" rief Aje.

„Schweig, junger Hund! Oder glaubst du, daß ich für dich Unglücklichen spreche, der du nicht einmal eine Frau hast!"

Aje wurde wütend und warf sich auf Alitet, aber Gaimelkot konnte ihn noch am Gurt zurückhalten. Alitet ging auf Aje zu. Plötzlich stand aber Jarak zwischen ihnen.

Der alte Gaimelkot hob die Hand.

„Unser Gespräch ist noch nicht beendet", sagte Gaimelkot zu Jarak und Aje. „Sprich, Alitet!"

„Der Nebel war dicht. Man konnte nichts mehr erkennen. Rynteu und ich hatten den Weg verfehlt. Sicherlich hatten die Weißen die bösen Geister erzürnt."

Alitet setzte sich auf den Schnee, hielt sich den Bauch und schien sich vor Schmerzen zu krümmen.

„Warum bist du denn zurückgeblieben? Fuhrst du nicht auf Rynteus Schlitten?" fragte Gaimelkot.

Wahrscheinlich habe ich mich an fettem Fleisch übergessen. Ich mußte öfters vom Schlitten steigen. Mein Bauch tut mir jetzt noch weh", antwortete Alitet.

Aje zitterte vor Wut. Alle wußten es nur zu gut, daß der einzige Abgrund, das Bärenohr, weitab vom Weg lag.

„Vielleicht hast du sie absichtlich zum Bärenohr geführt?" schrie Aje.

„Schweig, oder ich gebe dir so eins auf den Kopf, daß du dir die Zunge abbeißt!" sagte Alitet.

„Aje hat recht", widersprach Gaimelkot. „Das Bärenohr befindet sich weitab vom Wege. Wie seid ihr denn dorthin gelangt? Das ist doch eine Unglücksstelle. Voriges Jahr, im Schneesturm, haben die Wölfe acht Rentiere dorthin gehetzt; die sind dann tödlich abgestürzt."

„Merkischkin, Alitet!" fluchte Jarak, wandte sich an Aje und fragte ihn:

„Kennst du die Stelle?"

„Ich kenne sie sehr gut. Bin unlängst daran vorbeigegangen."

„Wir wollen sofort hingehen. Vielleicht können wir helfen."

Gaimelkot sagte:

„Zu Fuß ist es zu weit. Nimm meine Zugrentiere; ihr werdet damit schnell zur Stelle sein!"

Die Burschen spannten eilig die Rentiere an.

Alitet stand auf, kam dicht an den Alten heran und sagte flüsternd:

„Wenn sie mit deinen Rentieren fahren, werden sich die Geister erzürnen, und in deiner Herde wird eine große Seuche ausbrechen".

Gaimelkot horchte auf. Nachdem er eine Weile nachgedacht hatte, rief er:

„Jarak, warte mit dem Anspannen! Vielleicht ist es besser, man fährt nicht mit Rentieren."

Der Alte stand da und dachte nach.

Diese Weißen waren keine schlechte Menschen. Aber man darf dennoch die bösen Geister nicht erzürnen. Sie sind allmächtig. Man muß vorsichtig sein mit ihnen.

XXV

Am Fuße des Abgrunds lag dichter Nebel. Hier, in dem abgestürzten Schneehaufen, lag Loß. Bewußtlos drehte er sich auf die Seite, knirschte mit den Zähnen und öffnete die Augen. Er sah sich um und sagte:

„Anscheinend lebe ich noch!" und atmete tief auf.

Wo sind denn die anderen? Und die Hunde? Der Teufel soll's holen! stöhnte Loß. „Mit einem Bein stimmt etwas nicht", und er rief aus Leibeskräften:

„Andrej!"

Das Echo rollte an den Felsen des Abgrundes entlang.

„Hallo!" rief Loß noch lauter.

Nur Echo. Und sonst wieder keine Antwort.

„Sollte Andrej tatsächlich umgekommen sein? Was für eine dumme Geschichte."

Loß richtete sich auf und befühlte sein Bein.

„Klar, gebrochen! Ein Glück, daß es kein offener Bruch ist!"

Loß suchte sich an den Sturz zu erinnern.

Im Augenblick des Fallens fühlte ich Andrej dicht neben mir. Also muß er auch irgendwo in der Nähe sein. Er ist leichter als ich. Wer also mußte von uns beiden schneller fallen? Er war mehr rechts von mir. Vielleicht habe ich mich aber umgedreht, und die rechte Seite ist jetzt zur linken geworden? Loß überlegte, wie der alte Rynteu im Nomadenlager. Ich werde mal vorkriechen und suchen...

Loß stützte sich auf die Ellbogen und biß den heftigen Schmerz im Bein, kroch langsam auf den heruntergestürzten Schnee herum und spähte nach allen Seiten. Von der großen Anstrengung war er in Schweiß gebadet.

„Macht nichts. An Schmerzen kann man sich gewöhnen", tröstete sich Loß und suchte mit den Augen die frischen, glitzernden Schneehaufen ab. Er überwand einige Meter, verschnaufte, steckte zwei Finger in den Mund und pfiff so laut, daß ihm selbst die Ohren dröhnten.

„Maltschick, Maltschick!" rief Loß seinen Leithund, aber der Schrei verlor sich in der leblosen Schneewüste.

Verbittert dachte Loß: So ist das also, man kommt für nichts und wieder nichts ums Leben. Und Loß empfand zum erstenmal Angst vor dem Tode. Keiner wird mich vermissen, und mit eigener Kraft komme ich hier nicht heraus.

Bei diesem Gedanken überlief es ihn kalt. Nach kurzer Ruhepause kroch er wieder weiter, um seinen Freund zu suchen. Durch die Ermüdung oder vielleicht wegen des unerträglichen Schmerzes verlor Loß bald von neuem das Bewußtsein.

Als er wieder zu sich kam, tastete er nach seiner Pfeife, nach den in einer zerbrochenen Schachtel liegenden Streichhölzern, legte sich auf den Rücken und rauchte. Er fühlte sich etwas besser und faßte Mut.

„Laß das Rauchen, Loß, suche lieber! Schließlich ist Andrej nicht nach oben geflogen. Er muß irgendwo in der Nähe sein", sprach Loß zu sich selbst.

Das Kläffen eines Hundes wurde hörbar, und wieder setzte Stille ein.

Loß kroch in der Richtung, aus der das Gebell kam.

Da war auch schon ein Schlitten zu sehen. Loß' Kräfte nahmen zu.

Er hielt einen Meter vor der Narte inne, stützte sich auf die Hände und streckte den Kopf vor. Auf dem Schlitten lag ein Mensch. Loß fühlte schwere, eisige Tropfen wie kalte Schrotkörner über seinen erhitzten Körper rieseln.

Der Schnee auf dem Schlitten war mit Blut durchtränkt. Im Gespann saß nur noch ein Hund. Er hörte auf zu kläffen und fraß begierig den blutigen Schnee.

Auf der Narte lag der alte Rynteu mit zerschmettertem Kopf.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ein Leser schreibt:

Schon wieder Bombenteppiche

Singen. Vor sechs Jahren kam ich innerhalb weniger Sekunden durch einen Bombenvolltreffer um mein Haus und meiner, mit Mühe und Not im Laufe vieler Jahre angeschafften Wohnungseinrichtung. Die Welt glaubte, daß sich in unserer Generation ein solcher Wahnsinn nicht wiederholen würde und doch heulen in Korea schon heute wieder die Luftschutzsirenen. Wie erschauert uns die Meldung, daß in Seoul bei einem Bombenangriff eintausend Häuser zerstört wurden. Was diese armen Menschen jetzt wieder an Angst und Not durchmachen müssen, kann man mit Buchstaben nicht schildern. Diesen Aermsten ihr Los etwas zu milgern, ist Menschenpflicht und es wäre deshalb sehr zu begrüßen, wenn man in allen Orten Geld- und Materialsammlungen durchführen würde. Ich denke, daß die Arbeiter-Wohlfahrt sich hierfür bestens eignen würde und ich wäre als deren Mitglied selbst gerne bereit, hier helfend mitzuwirken. Jede kleinste Gabe würden die koreanischen Kinder mit freudigen Augen in Empfang nehmen. Cr.

Diebe am Strandbad in Mannheim

Es muß immer wieder davor gewarnt werden, größere Geldbeträge und Wertsachen zum Baden mitzunehmen. So wurden am vergangenen Freitag einer Säuglingsschwester aus ihrer Einkaufstasche eine Armbanduhr, ein Geldbeutel mit Inhalt und Ausweispapiere gestohlen. Ein ähnliches Mißgeschick traf einen Kraftfahrer, dem am Samstag unmittelbar oberhalb des Strandbades gleich eine ganze Segeltuchtasche mit Inhalt im Gesamtwert von 100 DM entwendet wurde.

Der nasse Tod

Mannheim. Um die Mittagszeit des Samstags ist an der Einmündung des Altwassers in den Rhein in Höhe von Rheinau ein 20jähriger junger Mann aus Schwetzingen ertrunken. Der Ertrunkene war ein guter Schwimmer und dürfte wohl einen Herzschlag erlitten haben. Die von der Berufsfeuerwehr sofort eingeleitete Suchaktion mit Schlauchboot und Taucher mußte bei Einbruch der Dunkelheit leider erfolglos abgebrochen werden.

Von der OEG auf der Stelle getötet

Mannheim. Zwischen Seckenheim und Edingen wurde gestern früh in der Nähe der Bundesbahnüberführung ein 65jähr. Landwirt aus Seckenheim von einem vorüberfahrenden OEG-Zug in voller Fahrt erfaßt und auf der Stelle getötet. Die Ermittlungen, wie es zu diesem Unfall kam, sind noch im Gang.

Alster: „Geliebte nach Maß"

Mannheim. Ein Lustspiel englischer Observanz, das besser nicht geschrieben worden wäre, gestaltete die Rank-Produktion unter dem Titel „Die vollkommene Frau" filmisch um und versah dabei merkwürdigerweise die deutsche Version mit der Spitzmarke „Geliebte nach Maß".

„Ideeliche Paralellen" sind bei der Fabel mit dem ehrwürdigen Gespenster-Hoffmann gegeben, der mit seiner Puppe Olympia den ersten Roboter ersann. Wo aber dort wirkliche Einfälle einer bizarren Phantasie vorherrschen, ist hier ein etwas gewaltsames Spiel mit selten glücklicher Situationskomik, die hin und wieder ins Abgeschmackte abgleitet. Patricia Roc ist die Trägerin der weiblichen Hauptrolle — ein paar witzige Pointen, sowie die prachtvolle Type des Schwyer Kellner erheitern, können aber über die sonstige Banalität des Geschehens nicht hinweghelfen. Im Beiprogramm läuft noch ein anschaulicher Film vom „Werden eines Balletts" der klassischen Schule. -hr.

Am Donnerstag, 27. Juli, findet ein einmaliges Gastspiel des bekannten Düsseldorfer literarisch-politischen Kabaretts „Das Kom(m)ödchen" statt. Leitung Kay Lorentz.

Die Zeit des Verhandelns ist vorüber — Die Zeit des Handelns ist gekommen

Gewaltige Protestkundgebung der Mannheimer Gießereiarbeiter, I. G. Metall

Mannheim. (EB). Die Kündigung des Zusatzabkommens der Metallindustrie für die Arbeiter in den Gießereien durch die württembergisch-badischen Metallindustriellen hat unter den Gießerei-Arbeitern im ganzen Lande eine heftige Welle der Empörung hervorgerufen. Am Dienstagnachmittag um 13 Uhr verließen die Gießerei-Arbeiter der Mannheimer Betriebe geschlossen die Betriebe und strömten zu der von der Industriegewerkschaft Metall im Rosengarten einberufenen Protestkundgebung. Im großen Saal des Rosengartens drängten sich die Gießerei-Arbeiter, deren abgehärmten Gesichtern man die Schwere ihrer Arbeit und den Hunger der vergangenen Jahre ansah.

Kurz nach 14 Uhr eröffnete der 2. Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Mannheim, Karl Morschheuser, die Versammlung. Er stellte fest, daß die Metallindustriellen Württemberg-Badens das am 13. 5. 1948 abgeschlossene Zusatzabkommen für Gießerei-Arbeiter, welches eine 20prozentige Erhöhung über den Tariflohn für diese schwierigste und gesundheitsschädigendste Arbeit garantierte, auf den 30. 9. 1950 mit der Begründung gekündigt haben, daß diese Lohnerhöhung für Württemberg-Baden nicht mehr tragbar sei, da die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe gegenüber den im übrigen Bundesgebiet liegenden, dadurch ernsthaft gefährdet wäre. Kollege Morschheuser forderte dann die Gießerei-Arbeiter auf, diese Sachlage ruhig und sachlich zu diskutieren.

Dann ergriff Gewerkschaftssekretär Jakob Baumann von der IG Metall das Wort. Im Jahre 1946 hat der Mangel an Fachkräften die Unternehmer veranlaßt, ein besonderes Abkommen für die Gießerei-Arbeiter zu treffen, sagte er. Trotzdem die Betriebe noch zerstört waren und erst aufgebaut werden mußten, trotzdem die notwendigsten technischen Voraussetzungen fehlten, haben die Gießerei-Arbeiter ihr normales Arbeitspensum auch in dieser schweren Zeit erfüllt. Wie schwierig die Arbeitsbedingungen waren, konnte eine Delegation des DGB im Oktober 1949 feststellen, welche anläßlich von Betriebsbesichtigungen konstatieren mußte, daß die Zustände in den Gießereien einfach menschenunwürdig waren. Wenn heute das deutsche Industrieniveau in der Welt wieder geachtet wird, dann ist dies nicht zuletzt der aufopferungsvollen Arbeit der Gießerei-Arbeiter zu verdanken, rief Kollege Baumann aus. Die Behauptung der Unternehmer, daß die Betriebe nicht mehr konkurrenzfähig seien, müsse mit der Forderung der Werktätigen auf Einführung des vollen Mitbestimmungs- und Kontrollrechts beantwortet werden. Wenn dieses verwirklicht wäre, dann könne man sehen, was die Unternehmer in Wirklichkeit verdienen. Tatsache sei, daß auch der tüchtigste Arbeiter einen Lohn verdiene, der ihm kaum gestattete, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Jakob Baumann kündigte energische Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften an, und forderte die in den Gießereien Beschäftigten auf, als erste Antwort auf den Unternehmerangriff von nun an jede Ueberstundenarbeit zu verweigern. Wir dürfen nicht dulden, daß die Löhne abgebaut werden, sondern müssen ihre Erhöhung fordern, schloß Kollege Baumann seine Ausführungen.

Der Betriebsratsvorsitzende von Heinrich Lanz, Kollege Brand, forderte energische Abwehr des Angriffs der Unternehmer auf die Werktätigen. Was die Unternehmer heute wagen, hätten sie sich 1945, als wir die Betriebe wieder instand setzten, und die Produktion ins Laufen brachten, nicht getraut. Wir verdienen nicht zuviel, sondern könnten gut das Doppelte unseres gegenwärtigen Lohnes vertragen, rief Betriebsratsvorsitzender Brand aus.

Ein Vertreter von Daimler-Benz rechnete aus, daß der beabsichtigte Lohnabbau etnen Betrag von 20 DM pro Woche für die Gießerei arbeiter ausmachen würde.

Kollege Roth vom Strebelwerk unterstrich den Willen seiner Belegschaft, sich in einer Zeit, wo täglich die Preise steigen, auf keinen Fall den Lohn abbauen zu lassen. Die Gießereiarbeiter sind vor der Währung nicht fähig gewesen, mit ihrem Wochenlohn auch nur ein halbes Pfund Butter zu kaufen. Heute fühlen sich die Unternehmer wieder fest im Sattel und glauben, den Werktätigen ungestraft diesen Schlag ins Gesicht versetzen zu können. Wenn die Unternehmer behaupten, daß die gegenwärtigen Löhne untragbar seien, dann sei dies eine glatte Lüge, was aus der Tatsache hervorgeht, daß die Industriellen Westdeutschlands seit der Währungsreform schon wieder 25 Milliarden DM investieren konnten.

„Wir Gießereiarbeiter lassen uns keinen Pfennig von unserem Lohn nehmen. Wir fordern, daß sich unsere Gewerkschaftsführer unnachgiebig zeigen. Es darf diesmal in den Verhandlungen zu keinem Kompromiß kommen, sonst befürchte ich, daß sich die Gewerkschaften zersplittern", rief Kollege Roth aus. Er richtete einen Appell an die unorganisierten Arbeiter, dem DGB beizutreten und somit die einheitliche Aktion der Werktätigen zu sichern. Es wäre Zeit, den alten gewerkschaftlichen Grundsatz: „Einer für alle, alle für einen" zu verwirklichen. Karl Heck, Betriebsrat der MWM, hob hervor, daß die Geduld der Arbeiterschaft zu Ende sei. Die volksfremde Bonner Regierung spotte unseres DGB, sagte er. Die Adenauer und Konsorten ließen es nicht bei Preiserhöhungen und Lohnabbau, sondern versuchten zu ergründen, wie weit man das Spiel mit der Geduld der Werktätigen treiben könne. Es gelte, dem Unternehmer zu beweisen, daß das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse noch lebe. Karl Heck überbrachte der Versammlung die solidarischen Grüße der Belegschaft der Motorenwerke und betonte, daß die Gießereiarbeiter in ihrem Kampf nicht allein stünden, sondern von allen Werktätigen der Metallindustrie unterstützt würden.

Mit brausendem Beifall wurde der Betriebsratsvorsitzende der Firma Fulmina begrüßt, der folgende von seiner Belegschaft einstimmig angenommene Entschließung zur Verlesung brachte:

„Die gesamte Belegschaft der Firma Fulminawerk KG, Franz Müller, Mannheim-Friedrichsfeld, erhebt stärksten Protest gegen die von der Bonner Regierung getroffenen Maßnahmen zur Erhöhung des Preises der Brot-, Mehl-, Fett- und Fleischwaren.

Diese Preiserhöhungen wurden entgegen dem schriftlich gegebenen Versprechen des Bundeskanzlers Dr. Adenauer gegenüber dem DGB von der Regierung angeordnet. Dies bedeutet einen Wortbruch des Bundeskanzlers und damit eine Mißachtung der gesamten Arbeitnehmerschaft.

Wir fordern vom DGB sofortige Maßnahmen mit Einsatz der schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittel, die bereits schon in der Betriebsrätevollversammlung vom 20. 7. 1950 im Rosengarten in Mannheim mit großer Mehrheit gebilligt wurde.

Die gesamte Arbeitnehmerschaft ist nicht mehr gewillt, dem Treiben der Bonner Regierung länger zuzusehen, die von Tag zu Tag neuen Preis- und Steuererhöhungen stattgibt, und somit den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung auf ein Minimum herabdrückt und fordert hiermit den Rücktritt der gesamten Bonner Regierung."

Die Protestkundgebung der Mannheimer Gießereiarbeiter zeigt klar, daß die Arbeiterschaft nicht mehr länger gewillt ist, der dauernden Drosselung ihres Lebensstandardes tatenlos zuzusehen. Sie wird die Ausplünderungsmaßnahmen der Reaktion mit der Forderung auf Lohnerhöhung, mit dem stetigen Kampf gegen die Ausbeuterclique und mit dem Verlangen nach Wiederherstellung eines freien und einigen Deutschland beantworten.

Die Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion, Gruppe Mannheim, gestattet sich, die Mannheimer Bevölkerung, alle Freunde des Sports, auf Samstag, den 29. Juli 1950, um 20 Uhr, ins Forum Maximum der Wirtshaftshochschule Mannheim einzuladen. Es spricht:

Manfred Ewald, vom Deutschen Sportausschuß Berlin

über das Thema:

„Sowjetische Sportler erobern Weltrekorde"

Wir würden uns freuen, Sie bei dieser Veranstaltung begrüßen zu können und möchten Sie bitten, auch Interessenten aus Ihrem Bekanntenkreis auf diese Veranstaltung hinzuweisen.

Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion
Gruppe Mannheim

Sportfest der Volksschule Weinheim

Samstag früh 8 Uhr! Es muß schon etwas los sein, die ganze Volkschule zieht singend durch die Stadt nach dem Waldspielplatz der TSG im Gorxheimer Tal. Bei großer Hitze in diesen Hundstagen wickelte sich dort ein Sportfest ab, auf das die Organisatoren stolz sein können. Mit gut gezeigten Freiübungen der ganzen Schule begann der Reigen, dem sich Stafettenläufe, Handballspiel der Schüler und Lehrer und einige sehr gut getanzte Reigen anschlossen.

War schon das Handballspiel der Schüler, in dem die Diesterwegschule die Friedrichschule mit 5:0 besiegte, ganz gut gespielt, so zeigten die Lehrer von Weinheim gegen Mannheim volle sportliche Leistungen. Die Mannheimer unterlagen 11:5. Der Sieg von Weinheim war verdient, aber auch Mannheim stellte eine gute Mannschaft ins Feld. Gegen Weinheim, das in seinen Reihen einige Handballkanonen hatte, konnte es jedoch nicht aufkommen. Trotz der Hitze waren alle Schüler ganz bei der Sache. Man sieht es, hier wächst eine neue Generation heran: gesund und sportgestählt. Auch im Verhältnis Schüler und Lehrer ist gegen früher eine Aenderung eingetreten. Bei diesem Sportfest konnte man die gesundheitlichen Fortschritte bei den Kindern sehen, die durch leichte Bekleidung und Aufenthalt in Luft und Sonne erreicht werden. Der Schulleitung gebührt Dank dafür, daß sie für die sportlichen Belange soviel Verständnis aufbringt. Das Sportfest war gut organisiert und wickelte sich deshalb auch reibungslos ab. Bei solchen Gelegenheiten kann man am besten sehen, wie wichtig diese körperliche Ertüchtigung ist und wieviel für die Gemeinden und die Länder noch zu tun bleibt, um im Interesse einer gesunden Entwicklung unserer Kinder die Schulen und die Vereine mit guten Sportplätzen zu versorgen. Die am Schlusse vorgenommene Siegerehrung hatte folgendes Ergebnis:

Mädchen:

Altersklasse 10 Jahre: 1. Anita Schäfer, 2. Gabriele Grabenhorst, 3. Renate Hohner. 11 Jahre: 1. Marianne Brehm, 2. Ursula Seeger, 3. Ilse Weber. 12 Jahre: 1. Annerose Käsberg, 2. Gertrud Röck, 3. Hildegard Schmitt. 13 Jahre: 1. Sonja Pflästerer, 2. Rosi Wetzel, 3. Hannel Schumacher. 14 Jahre: 1. Elsbeth Bauder, 2. Marianne Weygold, 3. Anneliese Bauer.

Knaben:

Altersklasse 10 Jahre: 1. Günther Deckert, 2. Dieter Fritz, 3. Rudi Schröder. 11 Jahre: 1. Reinhold Lohrbächer, 2. Gerhard Holzschuh, 3. Horst Stöhr. 12 Jahre: 1. Werner Winkler, 2. Hermann Böhler, 3. Helmut Randoll. 13 Jahre: 1. Franz Schmitt, 2. Albert Burckhard, 3. Dieter Seitz. 14 Jahre: 1. Heinrich Schneider, 2. Heinrich Oehler, 3. Kurt Schäfer.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Kreis Mannheim

Stadtteil Neuostheim, Mittwoch, 26. Juli, 20 Uhr, im Lokal „Autohof", Mitgliederversammlung.

Wohngebietsgruppe Innenstadt, Donnerstag, 27. 7., 20 Uhr im Lokal „Landauer Bierhalle", K 2,26, Schulungsabend mit dem Thema „Was geht in Korea vor?"

Stadtteil Neckarstadt-West. Donnerstag, den 27. Juli, 19.30 Uhr, im Lokal „Goldene Schlange", Ecke Mittel- und Elfenstraße, Funktionärsitzung.

Stadtteil Waldhof. Mitgliederversammlung und Filmvorführung fällt aus. Neuer Termin wird behanntgegeben.

Wohngebietsgruppe Jungbusch. Freitag, 28. Juli, 20 Uhr, im Lokal „Rüger" Mitgliederversammlung.

Stadtteil Pfingstberg. Freitag, 28. Juli, 20 Uhr, im Lokal „Pfingstberg" öffentliche Versammlung mit Filmvorführung „Stalingrad". Es spricht Fritz Salm über das Thema: „Was geht in Korea vor?"

Stadtteil Seckenheim. Freitag, 28. Juli, 20 Uhr, im Lokal „Pfalz" Mitgliederversammlung.

Ortsgruppe Schwetzingen. Freitag, 28. Juli, 20 Uhr, im Lokal „Römischer Kaiser" Generalmitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Am Donnerstag, den 27. Juli 1950, spricht um 20 Uhr, im „Schwarzen Schiff" Frau Gertrud Strohbach-Stuttgart im Rahmen einer Veranstaltung des Demokratischen Frauenbundes.

Der DFD-Kreis Heidelberg ladet hierzu alle Frauen und Mädchen Heidelbergs herzlichst ein. Der Eintritt ist frei.

Heidelberg-Altstadt. Freitag, 28. 7. 50, 20 Uhr im „Reichsapfel" — Mitgliederversammlung.

Gründungsversammlung des VfB Mannheim-Gartenstadt

Am Donnerstag, 27. Juli 1950, findet im Gesellschaftshaus Gartenstadt (Freyaplatz) die Gründungsversammlung des „VfB Mannheim-Gartenstadt" statt, wozu sämtliche Amateursportler sowie Anhänger der Gartenstadt, insbesondere sämtliche Mitglieder des SB Rhein-Neckar, Abteilung Erlenhof-Gartenstadt, sowie die Mitglieder des früheren SC Gartenstadt freundlichst eingeladen werden.

Die FDJ-Lieder in die Schule tragen

Wie die FDJler zur Verbreitung ihrer neuen Lieder beitragen können, zeigt der Brief einer FDJ-Freundin an einen Pionierleiter der FDJ.

„... beim Zeugnissingen fragte ich den Lehrer, ob ich singen dürfe was ich wolle. Er sagte ja. Also begann ich mit dem Schluß eines FDJ-Liedes der lautet: „Bau auf, bau auf, bau auf! Freie Deutsche Jugend, bau auf, für eine bessere Zukunft bauen wir die Heimat auf." Erst guckte der Lehrer ganz komisch, dann aber lachte er und mit ihm alle meine Klassenkameradinnen, die nachher zu mir sagten, das hätte ich gut gemacht. Dann wollten sie noch von mir wissen, woher ich das Lied kenne. Ich sagte ihnen, daß ich es in der FDJ gelernt habe. Ich habe sie eingeladen, zu uns zu kommen, wenn die Pioniergruppe aufgemacht wird."

Seine Heimat lieben,
die Atombombe ächten,
den Frieden erkämpfen!

Ueber dieses Thema findet am Donnerstag, den 27. Juli, abends 20 Uhr, im Lokal „Kleiner Rosengarten", U 6, ein

öffentlicher Aussprache-Abend

statt, zu dem
alle Jugendlichen Mannheims,
die Leiter und Mitglieder aller Jugendorganisationen,
sowie die unorganisierte Jugend eingeladen sind.

Freie Deutsche Jugend
Kreis Mannheim

Druck-sachen
aller Art
liefert rasch
u. preiswert
Rhein-Druck
GmbH.
MANNHEIM
S 3, 10

Lauft Sturm gegen wachsende Verteuerung

Protest-Streikwelle in Südbaden — Das „Adenauer Brot" darf nicht kommen!

Mannheim. Der Brotpreis ist generell nun auch in Mannheim von allen Bäckereien erhöht worden, gemäß dem Beschluß der badischen Bäckermeister in Karlsruhe in der vorigen Woche. Man bezahlt jetzt 66 bzw. 65 Pfennige für das Weißbrot (früher waren es 60 Pfennige), das Roggenfeinbrot ist von 50 auf 54 Pfennige gestiegen. Das Bäckerhandwerk verteidigt sich gegenüber der Bevölkerung mit dem Hinweis auf die seit Wochen schon erfolgte Mehlpreiserhöhung.

Unter rücksichtsloser Ausnutzung der durch die Kriegspsychose verursachten Konjunktur bei den zahlungsfähigen Kreisen, hat der Zwischenhandel die Schweinepreise in die Höhe getrieben (um 40 Pfennige wurde mittlerweile das Pfund Lebendgewicht verteuert), sodaß die Metzgereibetriebe der Pfalz nun die Hausfrauen zu einer Boykottierung des überhöhten Schweinefleisches auffordern und dem badischen Fleischerhandwerk den gleichen Weg ans Herz legen.

Die Preise für sämtliche Käsesorten haben angezogen um sechs Pfennige und höher. Das Fazit der Preispolitik der Bonner Protektoratsverwaltung ist also eine vorher kaum vorstellbare und unerträgliche Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen der westdeutschen Bevölkerung, die Hand in Hand geht mit Teilangriffen des Unternehmertums auf die Löhne, welche im Zeichen der Teuerungswelle eine unverschämte Herausforderung der Werktätigen bedeuten.

Dem Faß wird aber der Boden ausgeschlagen durch die Ankündigung des Konsumbrotes zu „verbilligtem Preis", d. h. zum alten Preis, das „Adenauer-Brot", wie es im Volksmund schon vor seinem Erscheinen auf dem Markt betitelt wird. Wie wir aus Gewerkschaftskreisen erfahren, soll dieses Brot bei der Verarbeitung eine „erhebliche Beimengung" von Sojamehl erfahren. Was das bedeutet, wissen wir aus den hinter uns liegenden Kriegsjahren, es wird ein Brot werden mit dem bekannten Beigeschmack von Fensterkitt, welches uns damals nur der Hunger herunterwürgen ließ und Magenerkrankungen verursachte.

Arbeitslose, Sozialrentner und Hinterbliebene, die mit dem Bruchteil eines Pfennigs rechnen müssen, werden das Adenauer-Brot kaufen müssen, wer in Arbeit steht, wird um seiner Gesundheit und seiner Kinder willen das verteuerte Brot wohl oder übel vorziehen müssen und der Zweck der Ernährungspolitik der Millionärsregierung wäre dadurch in jedem Fall erreicht: Die Abschaffung der Subventionen für Lebensmittel auf trockenem Wege, gezwungenermaßen durch die Bevölkerung sanktioniert.

Dem muß entgegengetreten werden durch einheitliche Aktionen der Arbeiter in den Betrieben, doch nicht allein durch papierene Proteste, sondern durch konkrete Forderungen auf Lohnerhöhung und Kündigung der bisherigen Lohnabkommen durch die Gewerkschaften.

Der gestern durch den Deutschen Gewerkschaftsbund für die südbadischen Betriebe angekündigte Proteststreik ist heute schlagartig bereits in Kraft getreten. Alle Betriebe des Einzelhandels, der Konsumgenossenschaften haben sich dem Streik der Belegschaften der großen Produktionsstätten in einmütiger Solidarität angeschlossen und der Kampf gegen den Preiswucher ist in Südbaden also auf der ganzen Linie entbrannt.

An diesem Beispiel müssen sich auch Mannheims Betriebe entzünden, zu einem Kampf auf breitester Basis gegen wachsende Verteuerung und damit wachsende Verelendung, für ein erhöhtes Lohnniveau mit entschiedener Frontstellung gegen die Inspiratoren der Reaktion in der Bundesregierung und der Wirtschaft. Lauft Sturm gegen die amerikahörigen Volksfeinde in Bonn, gegen das „Adenauer-Brot" und das wiederauflebende Schieber- und Spekulantentum!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Eine traurige Nachricht!

Soeben erhalten wir aus dem Urlaubsort unseres Genossen Willi Bohn die Mitteilung, daß er in ernstlicher Lebensgefahr schwebt. Die Ursache seines Leidens ist die Lektüre der „Rhein-Neckar-Zeitung", die am Montag, den 24. Juli, fragt: „Wo ist Willi Bohn?" Er bekam hierdurch solche Lachkrämpfe, daß ernstliche Schäden seiner Gesundheit zu befürchten sind.

Etwas zu seiner Besserung trug nur die gleichzeitige Ernennung vom Stadtrat zum Abgeordneten und zum Chefredakteur der Stuttgarter „Volksstimme" bei.

Im übrigen werden weiterhin nicht nur Willi Bohn, sondern alle Kommunisten alle Probleme so frei und offen wie bisher diskutieren, soweit dies das Besatzungsstatut und was damit zusammenhängt eben zuläßt. Sie befürchten deshalb nicht, spurlos zu verschwinden, wie die RNZ vermutet.

Wir bedauern, der RNZ nach dem schmerzlichen Reinfall mit Hermann Nuding diesen neuen Schlag versetzen zu müssen. H.Oppla.

Gegen Eberhards diktatorisches Gebaren

Stuttgart. (EB) Der Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks erörterte in seiner Sitzung am Freitag eine Reihe von Aenderungen des Rundfunkgesetzes. Nach einem dieser Vorschläge sollen Beschlüsse des Rundfunkrates über die Programmgestaltung für den Intendanten verbindlich sein, sofern sie mit Zweidrittelmehrheit zustande kommen. Eine weitere Aenderung betrifft die Frage, ob der Sender das Recht hat, gegen Schwarzhörer Strafantrag zu stellen.

Nach dem Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 1949, der von dem Landtagsabgeordneten Möller gegeben wurde, erzielte der Süddeutsche Rundfunk in dieser Zeit einen Ueberschuß von 314 247 DM. Aus dem Geschäftsbericht ging ferner hervor, daß im zweiten Halbjahr 1949 1,6 Mill. DM für Gehälter und Honorare ausgegeben wurden. Der Verwaltungsrat stellte fest, daß der Rundfunk bei der Gewährung von Honoraren an 30 „Favoriten" sehr hohe Pauschalsummen zahle.

Der bisher erste und der zweite Vorsitzende des Rundfunkrates, Landtagsabgeordneter Dr. Gaa und Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett, wurden wiedergewählt.

Badischer Kunstverein

Karlsruhe. Im Badischen Kunstverein, Karlsruhe, Waldstraße 3 wird bis 6. August eine Ausstellung von Leihgaben des Lindenmuseums, Stuttgart, unter dem Titel „Westafrika in seiner Kunst" durchgeführt. Die Ausstellung wurde am Sonntag, 23. Juli, eröffnet. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 17 Uhr, Sonntags von 11 bis 13 Uhr geöffnet. Am Montag geschlossen.

Teuerungswelle in Südbaden

Preiserhöhungen und Auswirkung der Adenauer-Kriegspolitik

Freiburg. Für die Preissteigerungen während der letzten Tage sind die Preise, die gegenwärtig in Freiburg für Lebensmittel verlangt werden, ein besonders markantes Beispiel. Nachstehend geben wir unseren Lesern einen Ueberblick über die alten und neuen Preise für eine Reihe wichtiger Lebensmittel, wie sie unser Berichterstatter in einigen Freiburger Geschäften erfragt hat:

1 kg-Beutel Mehl bisher 60 Pfg., kostet jetzt 72 Pfg.

1 Pfund Haferflocken bisher 42 Pfg., kostet jetzt 48 Pfg.

1 Pfund Grieß bisher 30 Pfg., kostet jetzt 38 Pfg.

1 kg Weißbrot bisher 60 Pfg., kostet jetzt 65 Pfg.

1 kg Halbweißbrot, bisher 53 Pfg., kostet jetzt 57 Pfg.

1 kg Roggenbrot bisher 45 Pfg., kostet jetzt 50 Pfg.

1 kg Roggenbrot (sogen. Armeleutebrot in schlechter Qualität) kostet 45 Pfg.

In Pakete abgepackte Eierteigwaren sind pro Pfund um 7 Pfg. teuerer geworden. In Pakete abgepackte Grießteigwaren sind pro Pfund um 5 Pfg. teurer geworden. 1 Pfund Schweinefleisch wurde um 26 Pfg. teurer. Die Zitronen kosten auf dem Obstmarkt bereits 30 Pfg. 100 Gramm gute Wolle hat im Preis um 90 Pfg. aufgeschlagen.

Es würde keine Schwierigkeiten bereiten, auch für weitere Lebensmittel, sowie für Gebrauchsgegenstände umfangreiche Preiserhöhungen nachzuweisen. Die Bevölkerung ist über die fortgesetzten Preiserhöhungen und die damit verbundene Senkung ihres sowieso minimalen Lebensstandards aufs äußerste empört und verlangt die sofortige Rückgängigmachung dieser Preissteigerungen und Maßnahmen zur Erhöhung der Löhne.

Dieser Wille der Arbeiterschaft und darüber hinaus der gesamten Bevölkerung kommt in unzähligen Resolutionen der Betriebsarbeiter, sowie in Stellungnahmen der meisten Massenorganisationen eindeutig zum Ausdruck.

Wie es in einer Erklärung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD Südbadens heißt, sind die jetzt eingeleiteten Preiserhöhungen für die Bonner Regierung ein Teil der Kriegsvorbereitungen, deren Kosten auf die Bevölkerung abgewälzt werden sollen.

Diese gegen die Bevölkerung gerichteten Maßnahmen treffen die Arbeiter am schwersten. Man muß erkennen, daß der Kampf gegen die untragbaren Preiserhöhungen, der Kampf für den Frieden ist. Ein erfolgreicher Kampf für die Verbesserung unserer Lebenslage erfordert den Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel bis zur Erfüllung der gemeinsam gestellten Forderungen. Nur so sind die einseitigen Angriffe auf die Lebenshaltung der Bevölkerung abzuwehren und der Friede zu sichern.

Protestkundgebung in Konstanz

Wie in allen anderen südbadischen Städten findet auch in Konstanz auf der Marktstätte eine Protestkundgebung der Gewerkschaften statt. Alle Arbeiter von Konstanz, ob organisiert oder nicht, sowie alle Hausfrauen werden aufgefordert, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen. Die Werktätigen von Petershausen, Wallmatingen treffen sich um 15.45 Uhr auf dem Ebertplatz und ziehen von dort geschlossen in die Stadt. Die Werktätigen von Altstadt sammeln sich am Rheintorturm und schließen sich dem ersten Zug an. Der Zug geht durch die Rheingasse, Wessenbergstraße zur Marktstätte, wo die Kundgebung um 16 Uhr beginnt.

Josef Krips in den USA unerwünscht

Karlsruhe. Wenn einer nach den Vereinigten Staaten reist, wird er von der Einwanderungsbehörde auf Ellis Island, einer New York vorgelagerten Insel, auf Herz und Nieren geprüft, ob er auch wirklich würdig ist, die Luft im „Lande der Freiheit" zu atmen.

Dieser Prüfung mußte sich kürzlich der ehemalige Generalmusikdirektor des Badischen Staatstheaters, Karlsruhe, Professor Josef Krips unterziehen. Und siehe da: die Gralshüter der Freiheit urteilten wie einst die Machthaber des Dritten Reiches. Auch in USA, kann man dem Manne die Möglichkeit des Auftretens nicht zubilligen, der 1933 in Karlsruhe von den Nazis schmählich seines Amtes enthoben wurde und zu jahrelangem Schweigen verurteilt war. Es könnte ja sein, daß der Künstler, der sich nicht schämte, nach Beendigung des Krieges eine Gastspielreise in die Sowjetunion zu unternehmen, höchst unerwünschte Bazillen von dort mit einschleppte. Er mußte nämlich nach kurzer Internierung auf Ellis Island angesichts der Freiheitsstatue, die ja bekanntlich dem gesegneten Lande den Rükken zukehrt, unverrichteter Sache wieder nach Hause fliegen. E. W.

Zirkus Hagenbeck n Karlsruhe

Heute eröffnet am Schmiederplatz der weltbekannte Zirkus Hagenbeck mit einer Galavorstelung bester Nummern sein Gastspiel in Karlsruhe. Alle Freunde der zirzensischen Kunst werden bis zum kommenden Mittwoch, den 2. August, Gelegenheit haben, das reichhaltige und bunte Programm, über dessen Einzelheiten unsere Leser im Inseratenteil unterrichtet werden, zu erleben.

Im Zeltlager ist es prima!

Im Zeltlager ist es prima!

Manfred, genannt Igel, und Anton saßen seit zwei Stunden am Ufer und angelten, als sie plötzlich Stimmen hörten: „Da kommen ja Inge, Fritz und Rolf", rief Anton. Die anderen hatten ihn auch schon entdeckt und kamen näher. „Seid wann interessierst du dich denn fürs Angeln, Igel?" — „Na ja", sagte Igel, „bald sind doch die Ferien, da will ich doch öfters angeln gehen ... Wenn man doch nichts anderes vorhat." — „Wieso nichts weiter ...?" Fritz schaute Igel verständnislos an. „Ich kann doch nicht in ein Ferienlager fahren." — „Und da glaubst du, für uns wird nichts weiter sein? Hör mal gut zu, was ich dir jetzt von unseren Ferien erzählen werde."

Sie setzen sich am Ufer nieder und Fritz begann: „Das ist also so: Unsere Zwölf- bis Vierzehnjährigen fahren drei Wochen in ein großes Ferienlager. Glaubt mir, das Leben wird dort prima werden. Sie fahren am 7. August ab und müssen nur 16 Mark bezahlen Außerdem findet ein Zeltlager für Neun- bis Vierzehnjährige in Altensteig im Schwarzwald vom 13. bis 27. August statt, das aber auch 16 Mark kostet. An diesem Lager können alle kleinen Freunde teilnehmen, die sich bis zum 25. Juli bei der Freien Deutschen Jugend, Stuttgart 13, Bergstraße 5—7, gemeldet haben."

Die Augen der Zuhörer begannen zu leuchten. Nur Igel seufzte wieder: „Mensch, ich kann doch nicht mitfahren, mein Vater ist arbeitslos, ich krieg das Geld nicht zusammen."

„Laß nur gut sein", sagte Fritz, „für dich werden die Ferien auch schön. Von den Jungen Pionieren sind Sammellisten herausgegeben, und da werden wir helfen, für dich die sechzehn Mark zusammzubekommen, indem wir bei unseren Eltern und Bekannten bei den Geschäftsleuten und Freunden einmal vorsprechen. Wenn wir alle mithelfen, wird es schon gehen."

Ganz still war es geworden. Igel sprang plötzlich auf und schrie: „Hurra! ich freue mich auf die Ferien!" Alle stimmten freudig im Chor mit ein.

Städtische Bühnen Heidelberg

Wiederholungen der „Schloß-Spiele"

Die nächsten Wiederholungen der Freilichtaufführungen „Wie es euch gefällt" mit Angela Salloker, die den Städtischen Bühnen einen großen Erfolg gebracht haben, sind heute, Mittwoch, 26. Juli, Samstag, 29. Juli und Sonntag, 30. Juli.

Wir machen besonders auf die Fahrtvergünstigungen der Bundesbahn aufmerksam, die zu allen Vorstellungen Sonntagsrückfahrkarten einräumt.

Auch vor den Symbolen des Christentums halten sie nicht

Die VVN zu der Zerstörung des Ehrenkreuzes für die verstorbenen Häftlinge des Hohenasperg

Die VVN teilt uns zu dem Frevel auf dem Hohen Asperg folgendes mit:

„Zu den laufend sich wiederholenden Meldungen über die Schändung jüdischer Friedhöfe gesellt sich jetzt eine neue Tatsache: Man macht auch vor dem Symbol des Christentums keinen Halt mehr. Das beweist uns die kürzlich erfolgte Zerstörung des wuchtigen Holzkreuzes auf dem Gefangenenfriedhof der Landesstrafanstalt Ludwigsburg-Hohenasperg. Das Kreuz wurde 1946 unter Anteilnahme von Vertretern der Behörden, der Kirchen und aller Parteien eingeweiht. Als Mahnmal für die während des Dritten Reiches im Zuchthaus Ludwigsburg verstorbenen und dort begrabenen ausländischen und deutschen politischen Häftlinge ragte es seitdem von der Höhe des Aspergs weithin sichtbar ins schwäbische Land hinein.

Bei seiner jetzigen Zerstörung kann es sich nur um ein planmäßiges Attentat handeln. Als skandalös muß man es bezeichnen, daß der zuständige Gendarmerieposten von der Zerstörung des Kreuzes wußte, ohne daraufhin Anzeige zu erstatten.

Die VVN sieht in diesem Attentat das Ergebnis der seit Jahr und Tag gegen die Verfolgten des Naziregimes und ihrer Organisation entfachten Propaganda. Die VVN weiß auch, daß nur unverbesserliche Nazielemente hinter diesem pietätlosen Roheitsakt stehen können. Er dürfte in diesem Falle schwer sein, die Legende von den „spielenden Kindern" aufzutischen. Außer dem erwarten wir, daß auch die Kirchenbehörden beider Konfessionen ein Wort zu dieser Schändung ihres Symbols zu sagen haben.

Für die VVN ist dieser Vorgang Anlaß, den diesjährigen Gedenktag für die Opfer des Faschismus am 10. September zu einer Angelegenheit aller wirklichen Demokraten zu machen. Die VVN Ludwigsburg will dafür sorgen, daß bis zu diesem Zeitpunkt wieder ein neues Erinnerungszeichen für die Opfer des Faschismus auf dem Gefangenenfriedhof am Hohenasperg errichtet wird."

UMSCHAU IM LANDE

Kein Ersatz für Manöverschäden!

Bretten. (lwb) Amerikanische Dienststellen haben die Forderung der Stadt Eppingen auf Ersatz von Feldschäden, die beim letzten Manöver der Besatzungstruppe entstanden waren, endgültig zurückgewiesen. Es wurde geltend gemacht, daß die gegenwärtigen Bestimmungen eine Entschädigungszahlung an öffentliche Körperschaften nicht zulassen.

Die Stadtverwaltung hatte 7000 DM als Schadenersatz gefordert.

Der Beerenstrauch auf der Platane

Bretten. (lwb) Auf einer Platane in der Bahnhofsallee in Eppingen hat sich ein Johannisbeerstrauch entwickelt, der jetzt seine ersten Früchte trägt. Vermutlich hat ein Vogel den Samen auf die Platane „gebracht".

Blitzschlag hielt Bergbahn an

Heidelberg. Bei dem Gewitter am Wochendende schlug ein Blitz in den Maschinenraum der Bergbahn-Station Molkenkur, wodurch der Verkehr von der Bergbahn 2 Stunden eingestellt werden mußte.

73jähriger Rentner schlägt 42jährigen zusammen

Mannheim. Ueber das Wochenende wurden in Mannheim bei Schlägereien drei Personen so schwer verletzt, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten.

Ein 73jähriger Rentner schlug nach einem kurzen Wortwechsel mit einer Hartholzplatte derartig auf einen 42jährigen Mann ein, daß dieser sofort den Arzt aufsuchen mußte.

Bei einer Prügelei zwischen zwei Brüdern wurde dem einen das Gebiß eingeschlagen. Der andere Kampfhahn trug klaffende Wunden davon.

Betrunkener in den Neckar gefallen

Heidelberg. Ein 49 Jahre alter Mann aus Heidelberg ist dieser Tage in betrunkenem Zustand in den Neckar gefallen. Er konnte sich aber noch an einem in der Nähe befindlichen Boot festhalten und um Hilfe rufen. Aus seiner Lage wurde er durch einen Heidelberger befreit. Der Gerettete wurde in die Psych. Klinik gebracht und kam mit dem Schrecken davon.

Wie gewonnen, so zerronnen

Mannheim. Eine Frau hatte das große Glück, auf dem „Neuen Meßplatz" in einem Weinzelt durch Los einen Motorroller im Werte von 1200 DM zu gewinnen. Als sie jedoch zur Heimreise starten wollte, mußte die überraschte Frau feststellen, daß der Motorroller in der kurzen Zeit einen anderen Liebhaber gefunden hatte. Die Kriminalpolizei ist bemüht, dem verschwundenen Vehikel auf die Spur zu kommen.

Durch Brandplättchen aus dem letzten Krieg verletzt

Rietenau. (lwb) Bei der Gemeinde Rietenau im Kreis Backnang fanden zwei neunjährige Jungen dieser Tage am Bachufer ein glitzerndes Brandplättchen aus dem letzten Kriege. Als einer der Jungen mit dem Fuß daran rieb, geriet das Blättchen in Brand. Der Junge zog sich schwere Brandwunden am Bein zu. Sein Freund, der ihm helfen wollte, erlitt durch die starke Hitze, die das Blättchen ausstrahlte, Verletzungen am Kopf.

Heidelberger Sternwarte entdeckt neuen Planeten

Heidelberg. (lwb) Von der badischen Landessternwarte Heidelberg auf dem Königstuhl wurde dieser Tage ein Planet 14. Größe entdeckt, der bisher noch nicht gesichtet worden war. Der kleine Himmelskörper kann nur mit einem starken Fernrohr beobachtet werden. Er steht zur Zeit im Sternbild des Pegasus.

Internationale Sportumschau

Sowjetische Rekordleistungen

Tass meldet einen neuen Weltrekord für die 3x800-m-Staffel von 6:49,6 Minuten, aufgestellt von den Frauen Sokolova, Kabysh und Vasilieva. Bisherige Bestleistung 6:53,8 Minuten.

Sowjetischer Europarekord

Der Europarekord im Dreisprung wurde am Sonntag in Moskau von dem Russen Reonio Serbakow auf 15,59 m verbessert.

*

Die französische Segelfliegerin Marcelle Choisnet schlug mit 330 km den Frauenweltrekord im Zielflug mit vorbestimmtem Ziel und nachher gelang ihr auch ein Zielflug mit Rückkehr zum Startplatz von 210 km.

Der Fußballklub Young Fellows hat den bekannten Internationalen Edmund Conen als Spieltrainer verpflichtet.

Infolge der Neuansetzung des Termins für die Deutschlandrundfahrt ist die Städtefahrt München — Zürich vom 2. September auf den 16. September verschoben worden.

Ferb Flam, amerikanischer Studenten-Tennismeister, schlug den Ex-Wimbledonsieger Ted Schröder im Endspiel der Illinois-Hartplatzmeisterschaften überraschend hoch 6:1, 6:2, 6:2.

Helene Rakoczy, die neue polnische Turn-Weltmeisterin, erhielt vom Staatspräsidenten Polens den Orden „Banner der Arbeit".

Italiens Schwimmerinnen gewannen am Sonntag in Levanto bei Genua den Frauenländerkampf Italien — Schweiz mit 39:21 Punkten.

Der Leichtathletik-Länderkampf Ungarn-Polen endigte am Sonntag mit 122:79 Punkten zugunsten der Magyaren. Die besten Leistungen schafften Nemeth im Hammerwurf mit 56.35 m und Lomowsky (Polen) im Kugelstoßen mit 15,43 m.

58 Rennfahrer aus Frankreich, Italien, Jugoslawien- Liechtenstein, Luxemburg und Oesterreich wurden am Sonnabend von dem Wiener Bürgermeister Korner auf die 1226 Kilometer lange Oesterreich-Rundfahrt geschickt.

Die vorgesehenen Fußballfreundschaftsspiele von Hungaria Budapest bei Holstein Kiel, Schalke 04 und Hannover 96 fallen aus.

In einem in Belgrad ausgetragenen Handball-Länderspiel blieb Jugoslawien über Belgien am Mittwoch hoch mit 17:3 Toren siegreich.

Der Olympiasieger und Weltrekordinhaber im Zehnkampf, Bob Mathias, geht am 5./6. August bei den Leichtathletik-Mehrkampfmeisterschaften der Schweiz in Bern an den Start.

Einen neuen Europarekord im Diskuswurf mit 55,47 Meter stellte Olympiasieger Consolini (Italien) bei den italienischen Leichtathletikmeisterschaften am Sonntag in Rom auf.

Jugoslawien besiegte in Wien Oesterreich in einem Leichtathletik-Länderkampf ganz überlegen mit 127:73 Punkten.

Der Stadtrat von St. Etienne, der kürzlich mit knapper Mehrheit eine finanzielle Unterstützung des Professionalklubs „St. Etienne" verweigert hatte, stimmte diesmal mit 23:12 Stimmen einer Subvention von 3 Millionen Francs (etwa 36 000 DM) und einem Darlehen von 7 Millionen Francs (84 000 DM) zu.

Das Nationalkomitee des Schweizerischen Radsportverbandes hat zur diesjährigen Deutschland - Radrundfahrt folgende vier Schweizer Fahrer nominiert: Roger Aeschlimann, Max Meier, Hans Schütz und Hans Sommer.

Rund 200 000 Pfund Sterling sind nach Abzug aller Auslagen als Ueberschuß bei den Fußballweltmeisterschaften festgestellt worden.

Sao Paulo beabsichtigt den Bau eines neuen Stadions, das mit der Anlage in Rio konkurrieren kann. Das Stadion soll zum 400. Gründungstag der Stadt Sao Paulo im Jahre 1954 fertiggestellt sein.

Drei neue Weltrekorde Gardners

Der britische Oberstleutnant A. T. Gardner brach am Montag bei Rekordversuchen in Ostende die bisher bestehenden Weltrekorde über einen Kilometer, eine Meile und über fünf Kilometer (jeweils mit fliegendem Start). Sein Spezialrennwagen der internationalen Klasse „JJJ" fuhr folgende neue Höchstgeschindigkeiten: Fliegender Kilometer 119,665 Stunden-Kilometer, Fliegende Meile 121,089 Stunden-Klometer, Fliegende fünf Kilometer 117,687 Stunden-Kilometer.

Englische Motorradsportler dominierten

Beim „großen Preis der Schweiz", der für Motorräder und Seitenwagen als Weltmeisterschaftslauf der Motorradklassen zählt, siegte in der Seitenwagenklasse bis 600 ccm der Engländer Oliver (Norton) mit einem Stundenmittel von 115,478 km. In der Halbliter-Klasse der Solomaschinen, wie auch in der Klasse bis 350 ccm kam Leslie Graham (AJS) mit einem Durchschnitt von 126,240 bzw. 128,021 St/km zu Siegerehren. Einen italienischen Erfolg gab es in der Viertelliterklasse durch Ambrosini (Benelli) mit einem Stundenmittel von 122,350 St/km

Neuer Schwimmweltrekord John Marshall

Das australische Schwimmwunder John Marshall stellte bei den amerikanischen Schwimmeisterschaften in Seattle einen weiteren Weltrekord auf. Der Australier bezwang die 880-Yards-Kraulstrecke in 9:37,5 Minuten und unterbot die bisherige Bestleistung des Amerikaners Smith aus dem Jahre 1942 mit 9:54,6 Min. ganz erheblich.

Der Sport in der DDR

Das Spielsystem im Fußball

In der DS-Oberliga und DS-Liga im Fußball beginnen die Punktspiele schon am 3. September, damit Ende Dezember die erste Serie beendet sein kann. Die DS-Oberliga besteht aus 18 Mannschaften, von denen nach Abschluß der Saison vier absteigen werden. Die DS-Liga vereinigt in sich 20 Sportgemeinschaften, die aus wirtschaftlichen Gründen in zwei Staffeln mit je 10 Mannschaften spielen. Aus der DS-Liga steigen die beiden letzten jeder Staffel (also vier) zur Landesstaffel ab. Demnach sind in der Oberliga im Spieljahr 1951/52 nur noch 16 Mannschaften vorgesehen, während die DS-Liga durch den Aufstieg der sechs Landesklassenmeister im Spieljahr 1951/52 in jeder Staffel 12, insgesamt 24 Mannschaften, haben wird.

„Fahrt für den Frieden"

Die größte Prüfung der Radsportamateure der demokratischen Sportbewegung wird am 2. August in Berlin zwölf Mannschaften aus allen Ländern der DDR am Start sehen. Auch Sachsen-Anhalt hat für die „Fahrt für den Frieden durch die DDR" zwei Mannschaften namhaft gemacht, und zwar: Sachsen-Anhalt I: Gaede, Hesse, Höhne, Dieter Köhler, Willi Köhler, Wille; Sachsen-Anhalt II: Brandt, Goethe, Harprecht, Jäckel, Schatz, Erich Schulze.

Zuwachs beim VfR Mannheim

Beim VfR Mannheim hat sich der vom holsteinischen Sportverein Heide stammende Stürmer Hans Pacholke angemeldet, der bereits beim SV Waldhof in einigen Freundschaftsspielen mitgewirkt hatte.

FILMTHEATER
Mannheim

ALSTER O 3, 6. Tel. 446 47
J. A. Rank's tolle Film-Burleske
„Die Geliebte nach Maß"
Täglich: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30 Uhr

CAPITOL am Meßplatz Tel. 511 86
Nur noch bis Donnerstag
Der König der Toreros
Beginn: 14.00, 16.30, 19.00 und 21.15 Uhr
Voranzeige ab Freitag
JOHNNY WEISSMÜLLER in
„Tarzan und sein Sohn"

PALAST Breite Straße Tel. 446 35
Donnerstag letzter Tag!
in deutscher Sprache mit BING CROSBY, BOB HOPE **Der Weg nach Sansibar**
Beginn: 10.00, 11.45, 13.45, 15.45, 17.45, 20.00 Uhr
Spätvorstellung 22.00 Uhr
„DIE LUSTIGEN VAGABUNDEN"
mit J. HEESTERS, R. GODDEN, MADY RAHL, CAROLA HÖHN
Ab Freitag!
Der große Farbfilm, in deutscher Sprache
„Phantom der Oper"
mit NELSON EDDY — SUSANNA FOSTER, — CLAUDE RAINS u.v.a.

KURBEL in K 2
Ein bezaubernder Unterhaltungsfilm
Ilse Werner, Paul Hartmann, Hannes Stelzer
Bal paré
Beginn: 14.30, 16.30, 18.30, 20.35 Uhr

Ihre Anzeige ins „Badische Volksecho"

Abtrennen und einsenden: Vertrieb „VOLKSECHO" Mannheim S 3, 10

Lest die Zeitung, die Eure Interessen vertritt und für Brot und Frieden kämpft

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab .....

BADISCHES **VOLKSECHO**
VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

a) durch Träger zum Preise von monatlich DM 2,50 einschl. Trägerlohn
b) als Postabonnement zum Preise von DM 2,05 zuzügl. DM 0,54 Zustellgebühr
c) im Streifband zum Preise von monatlich DM 2,05 zuzügl. DM 0,96 Postgebühr
(Nicht Zutreffendes bitte streichen)

Name .....
Wohnort .....
Straße u. Nr. .....

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg